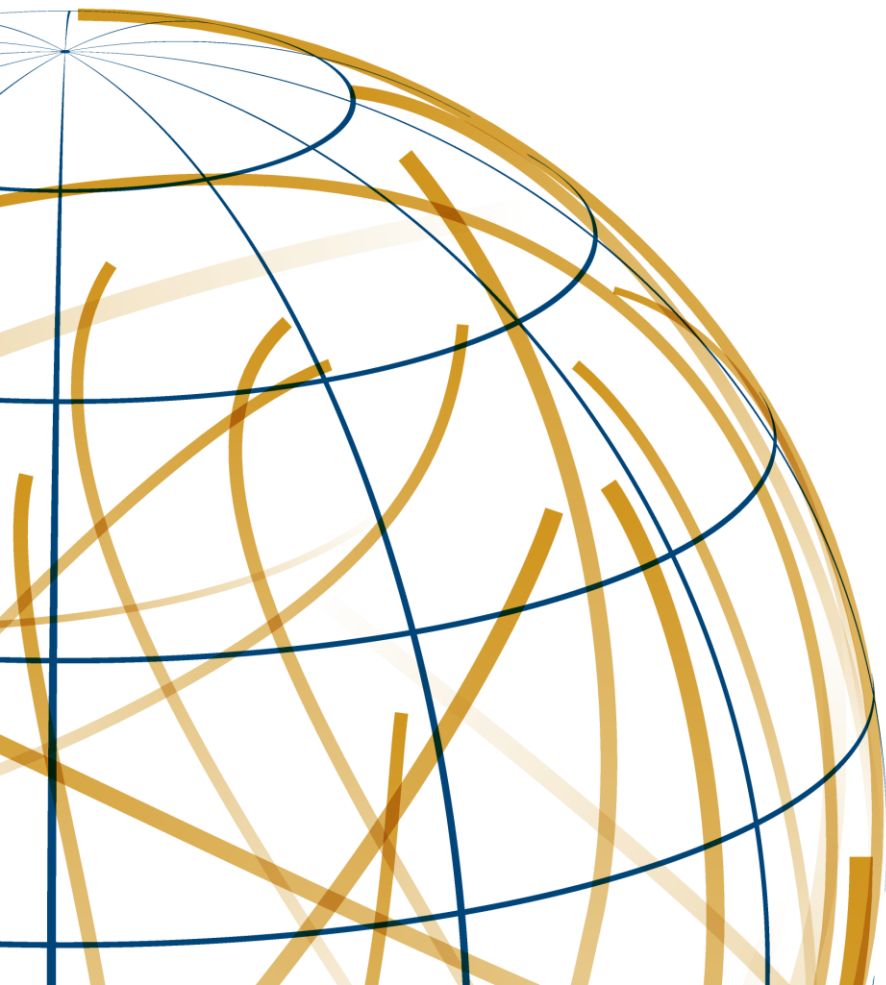


SWP-Studie

Lisa Tschörner/Denis M. Tull

Europäische Sahel-Politik: Zurück auf Start



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 8
März 2026, Berlin

- Die Staatsstreiche in Mali (2020/21), Burkina Faso (2022) und Niger (2023) haben nicht nur innenpolitische Veränderungen im Sahel mit sich gebracht, sondern auch eine außenpolitische Disruption. Die Militärjuntas haben einen weitgehenden Bruch mit Europa vollzogen und etablierte sicherheits- und entwicklungspolitische Kooperationen beendet.
- Die Studie geht der Frage nach, welche Handlungsoptionen die EU und ihre Mitgliedstaaten im Sahel noch haben. Dazu werden relevante strategische Entwicklungen in Mali und Niger seit der Machtergreifung durch das Militär analysiert. Darauf aufbauend werden denkbare und plausible Zukunftsszenarien für beide Länder bis 2030 skizziert.
- Die zunehmende Fragilität der Militärregime macht abrupte politische Wendungen in der Zukunft wahrscheinlich — sei es durch interne Machtkämpfe, erneute Putsche, staatliche Erosion oder militärische Erfolge jihadistischer Aufstandsbewegungen. Ein militärischer Sieg der jihadistischen Gruppe Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin in Mali liegt im Bereich des Vorstellbaren.
- Angesichts dieser Entwicklungen sollte sich Europa stärker im Sahel engagieren, auch wenn die Einflussmöglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Hinzu kommen Zielkonflikte und Dilemmata, die sich aus den unterschiedlichen europäischen Interessen und Handlungsmotiven ergeben.
- Europa sollte versuchen, die negativen politischen und sicherheitspolitischen Dynamiken zu begrenzen sowie zu verhindern, dass die Instabilität sich regional ausweitet. Dies erfordert einen pragmatischen Umgang mit den Militärregierungen und eine sorgfältige Abwägung von Chancen und Risiken.

SWP-Studie

Lisa Tschörner/Denis M. Tull

Europäische Sahel-Politik: Zurück auf Start

**Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 8
März 2026, Berlin



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

SWP-Studien unterliegen
einem Verfahren der Begut-
achtung durch Fachkolle-
ginnen und -kollegen und
durch die Institutsleitung (*peer
review*), sie werden zudem
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://
www.swp-berlin.org/ueber-
uns/qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/).
SWP-Studien geben die
Auffassung der Autoren und
Autorinnen wieder.

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6372
ISSN (Online) 2747-5115
DOI: 10.18449/2026S08

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Einleitung
9	Europas Suche nach einem Kurs
11	Mali und Niger unter Militärherrschaft
11	Militärherrschaft und Regimedynamiken
13	Schwindender gesellschaftlicher Rückhalt
15	Sicherheitslage in der Abwärtsspirale
18	Achillesferse Wirtschaft
22	Die Außenpolitik der AES-Staaten
24	Szenarien bis 2030
24	Beibehaltung des Status quo
24	Regimewechsel
25	Syrien- bzw. Somalia-Szenarien: Jihadisten auf dem Vormarsch
25	Hybride Governance-Arrangements
27	Politische Implikationen und Handlungsoptionen
30	Empfehlungen
30	Verbesserte Informationsgewinnung
30	Politischer Dialog
31	Pragmatisches, selektives Engagement
32	Abkürzungsverzeichnis

Lisa Tschörner ist Wissenschaftlerin im Projekt »Megatrends Afrika«.

Dr. Denis M. Tull ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten sowie Co-Leiter des Projekts »Megatrends Afrika«.

Die Autorin und der Autor danken Mark Schrolle für die Unterstützung bei Recherchen und der Erstellung der Grafik.

Europäische Sahel-Politik: Zurück auf Start

Die politische Landschaft im Sahel hat sich in den vergangenen fünf Jahren grundlegend verändert. Im Kontext eskalierender Bürgerkriege und existentieller staatlicher Krisen haben sich in den drei Ländern des zentralen Sahel Militärs an die Macht geputscht: in Mali (2020/21), Burkina Faso (2022) und Niger (2023). Die Staatsstreich markierten nicht nur tieferliegende Verschiebungen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in jedem der drei Länder, sie bedeuteten auch eine außenpolitische Disruption. Die drei Militärjuntas haben einerseits einen weitgehenden Bruch mit Europa vollzogen und damit die Abkehr von lang etablierten sicherheits- und entwicklungspolitischen Kooperationen. Andererseits haben sie auch ihre regionale Bündnispolitik neu ausgerichtet. Die von Mali, Burkina Faso und Niger gegründete regionale Allianz der Sahel-Staaten (AES) ist der sichtbarste Ausdruck dieses Wandels. Insgesamt befindet sich der Sahel somit in einer riskanten, Krisen getriebenen Phase politischer Neuordnung.

Angesichts dieser Umbrüche ringen die Institutionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zäh um die Frage, welche Konsequenzen und Handlungsoptionen sich für die europäische Politik gegenüber der Region ergeben. Vier Parameter bestimmen die Debatte:

- (1) Das geostrategisch begründete Interesse, den europäischen Einfluss in der Region zu wahren.
- (2) Der angemessene Umgang mit den Militärregimen, deren verfassungswidrige Machtergreifungen in Europa als illegitim betrachtet und deren Innen- und Außenpolitik weitgehend abgelehnt wird.
- (3) Bedenken, dass die gewaltsamen Konflikte und die Instabilität in zunehmendem Maße in die Nachbarländer und die Region Westafrika ausstrahlen.
- (4) Entwicklungspolitische Motive, die sich aus moralischen Erwägungen, multilateralen Verpflichtungen und sicherheitspolitischen Überlegungen speisen.

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, welche grundsätzlichen Handlungsoptionen die EU und ihre Mitgliedstaaten im Sahel noch haben. Sie tut dies auf der Grundlage einer Analyse relevanter strategischer Entwicklungen in Mali und Niger seit der Machtergreifung durch das Militär in den Jahren 2020 bzw. 2023.

Dabei richtet sich der Blick auf Fragen der Regime-stabilität und Legitimität, der sicherheits- und sozio-ökonomischen Lage sowie der außenpolitischen Orientierung der Juntas. Darauf aufbauend werden denkbare und plausible Zukunftsszenarien für beide Länder bis 2030 skizziert.

Die Studie verdeutlicht, dass die Militärregime in Mali und Niger den Zenit ihrer ursprünglich großen Popularität überschritten haben. Sowohl die Sicherheitslage als auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich unter der Militärherrschaft weiter verschlechtert. In Anbetracht dessen ist die Mobilisierungskraft der nationalistischen Regierungsdiskurse erlahmt. Harte Repression gegen Kritiker:innen unterdrückt in beiden Ländern oppositionelles Handeln.

Die zunehmende politische und sozioökonomische Fragilität der Militärregime macht weitere, auch abrupte politische Wendungen in der Zukunft wahrscheinlich – sei es durch interne Machtkämpfe, erneute Putsche, staatliche Erosion oder militärische Erfolge der Aufstandsbewegungen. Ein militärischer Sieg der jihadistischen Gruppe Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) in Mali liegt mittlerweile im Bereich des Vorstellbaren. Dieser hätte erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Region. Auch andere plausible Szenarien weisen auf fortbestehende politische Instabilität hin, auf sich verschärfende und sich regional ausweitende Sicherheitskrisen, mindestens aber auf eine Konsolidierung autokratischer Macht.

Die Studie kommt in Anbetracht dieser Entwicklungen zu dem Schluss, dass Europa sich wieder stärker im Sahel engagieren sollte. Gleichzeitig sind die Einflussmöglichkeiten Europas sehr eingeschränkt. Hinzu kommen unausweichliche Zielkonflikte und Dilemmata, die sich aus den unterschiedlichen europäischen Interessen und Handlungsmotiven ergeben. Weder aus geostrategischen noch aus wertegeleiteten Überlegungen lassen sich indes erfolgversprechende Handlungsoptionen für Europa entwickeln. Der Fokus sollte auf Versuchen liegen, die negativen politischen und sicherheitspolitischen Dynamiken zu begrenzen sowie zu verhindern, dass die Instabilität sich regional ausweitet. Dafür bedarf es eines pragmatischen Ansatzes im Umgang mit den Militärregierungen sowie einer sorgfältigen Abwägung von Chancen und Risiken.

Drei Empfehlungen lassen sich aus diesem Befund für eine zukünftige europäische Sahel-Politik ableiten. Sie skizzieren keinen Handlungskorridor, bilden aber die Voraussetzung dafür, dass die Europäer:innen

neue und plötzlich entstehende Handlungsspielräume frühzeitig erkennen und ergreifen können in einer Region, in der die Nachfrage nach europäischer Unterstützung oder gar Partnerschaft nicht als gegeben angesehen werden darf.

- **Verbesserte Informationsgewinnung und realistische Zielsetzungen:** Um kluge Entscheidungen über Möglichkeiten und Grenzen eines zukünftigen europäischen Engagements in der Region treffen und um agil auf neue Handlungsmöglichkeiten reagieren zu können, braucht es eine signifikant verbesserte Informationsgrundlage. Europäische Entscheidungsträger:innen sollten zudem anerkennen, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen Ziele wie Demokratisierung oder eine grundlegende politische Transformation kurzfristig nicht erreichbar sind. Priorität sollte es haben, die negativen politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen einzuhegen und die regionale Instabilität einzudämmen.
- **Politischer Dialog:** Im Mittelpunkt europäischer Bemühungen sollte die Wiederaufnahme eines politischen Dialogs mit einem möglichst breiten Spektrum an staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in der Region stehen. Dazu zählen nicht nur die Militärregierungen, sondern auch kommunale, religiöse, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure. Ziel sollte es sein, gegenseitiges Misstrauen abzubauen und gemeinsame Interessen zu identifizieren. Trotz normativer Differenzen sollte Europa funktionsfähige Arbeitsbeziehungen zu den AES-Staaten anstreben. Gleichwohl kann es passieren, dass solche Resultate aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zunächst nicht erreicht werden. In diesem Fall wäre eine kontinuierliche Überprüfung ratsam. Die volatile politische Lage in den Sahel-Staaten bringt es mit sich, dass sich jederzeit und kurzfristig neue Ausgangsbedingungen und Handlungsoptionen ergeben können.
- **Pragmatisches, selektives Engagement:** Sollten sich Möglichkeiten für ein europäisches Engagement im Sahel auftun, wären Stabilisierungsmaßnahmen in klar definierten Bereichen zu empfehlen, in denen trotz der schwierigen Ausgangslage Wirkungen erwartet werden können. Dabei sollte der Schwerpunkt auf menschlicher Sicherheit liegen. Auch sicherheitspolitische Kooperation sollte kein Tabu sein, sofern sie dazu geeignet ist, den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern.

Einleitung

Die Putsch-Kaskade in Mali (2020/21), Burkina Faso (Januar und September 2022) und Niger (2023) hat zu einer politischen Zäsur in den Beziehungen zwischen Europa und den drei Sahel-Regierungen geführt. Auf diplomatischer Ebene bedeutete sie stark abgekühlte Beziehungen und politische Scharmützel bis hin zum Rauswurf diplomatischer Vertreter:innen. Einige EU-Mitgliedstaaten reduzierten ihre diplomatische Präsenz, während andere ihre Auslandsvertretungen in der Region sogar schlossen, so zum Beispiel Schweden und Dänemark. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit wurde stark verringert. Wo die Juntas nicht bereits selbst europäische Missionen bzw. Operationen aus ihren Ländern verwiesen hatten wie die Operation Barkhane und die Taskforce Takuba aus Mali sowie EUCAP Sahel aus Niger, wurden diese von europäischer Seite beendet oder abgezogen, etwa EUTM Mali und die Beratergruppe der Bundeswehr. Lediglich die zivile Mission EUCAP Sahel Mali sowie bilaterale Formate weniger EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien wurden fortgesetzt. In der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stellten die EU bzw. EU-Mitgliedstaaten etliche Programme und Projekte ein oder nahmen erhebliche Kürzungen vor.

Der Bruch war umso tiefer, als die EU und ihre Mitgliedstaaten sich im vorangegangenen Jahrzehnt (2013–2023) in nie gekannter Weise sicherheitspolitisch, politisch, diplomatisch und entwicklungspolitisch im Sahel engagiert hatten, um sich am internationalen Krisenmanagement zu beteiligen. Deutschland wandte allein in Mali während dieser Dekade mehr als 5 Milliarden Euro für sicherheitspolitische, militärische und entwicklungspolitische Maßnahmen auf.¹

Mehrere Faktoren haben zu der Beziehungskrise zwischen den Sahel-Staaten und der EU beigetragen. An erster Stelle war dies die schon lange schwelende Kritik im Sahel an Form, Inhalt und Effektivität der europäischen Unterstützung beim Krisenmanagement.

Auch die Ankündigung Frankreichs im Juni 2021, sein militärisches Engagement zu verringern bzw. die Operation Barkhane zu beenden, sorgte für Friktionen.² Die Spannungen eskalierten letztlich aus Anlass des Militärputsches in Mali 2021 und insbesondere desjenigen in Niger 2023, auf die die EU und ihre Mitgliedstaaten mit scharfen Verurteilungen und Sanktionen reagierten. Mit dem Putsch gegen Präsident Bazoum brach zudem Niger als erhoffter Ankerstaat europäischer Sahel-Politik weg.³

Der Gegenwind aus Europa führte nicht dazu, dass die neuen Militärmachthaber einlenkten, sondern im Gegenteil zu verhärteten Fronten. Den Ton setzten die Putschisten in Mali, deren Beispiel in Burkina Faso und Niger Schule machte. Aus Sicht der Putschisten war die von Europa und der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) geforderte Rückkehr zu einer zivil geführten, verfassungsmäßigen Ordnung keine Option, schließlich verbanden sie ihre Machtergreifung mit dem Anspruch, die existentiellen Krisen in ihren Ländern zu lösen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die EU ihre politische Glaubwürdigkeit schon verspielt, war sie doch mit Putschen in der Region widersprüchlich umgegangen: Die europäischen Reaktionen auf den ersten Putsch in Mali (2020) und die verfassungswidrige Machtübernahme durch General Mahamat Déby in Tschad (2021) waren gemäßigt, ja wohlwollend ausgefallen.

In den drei Ländern des Sahel, Burkina Faso, Mali und Niger, entwickelten sich nach den jüngsten Putschen Dynamiken, bei denen sich der innen- und der außenpolitische Kurs der Juntas gegenseitig verstärkten. Die Militärregierungen vertraten trotz hoher Abhängigkeit von internationaler Hilfe macht- und souveränitätsbewusste Positionen nach außen, die bei

1 Denis M. Tull, *Lernfähige deutsche Krisenpolitik? Lehren aus Mali (2013–2023)*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2024 (SWP-Studie 21/2024), doi: 10.18449/2024S21.

2 Sandrine Blanchard, »Emmanuel Macron annonce la fin de Barkhane«, *Deutsche Welle* (DW), 10.6.2021.

3 Lisa Tschörner, *From Anchor of Stability to Crisis Hotspot: Background and Consequences of the Military Coup in Niger*, Berlin: Megatrends Afrika, 2023 (Policy Brief 20), <<https://www.megatrends-afrika.de/publikation/policy-brief-20-background-and-consequences-of-the-military-coup-in-niger>>.

ihren Bevölkerungen auf breite Zustimmung stießen. Das Schlagwort der nationalen Souveränität wurde zum Fanal politischer Emanzipation von ausländischer Bevormundung und Fremdherrschaft, die sich vor allem – aber nicht nur – gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich richtete. Die Juntas präsentierten sich zunehmend als Solidargemeinschaft von Gleichgesinnten, die sich bei dem Versuch, ihre Länder aus der Krise zu führen, nunmehr auch noch gegen äußere »Feinde« verteidigen mussten, vornehmlich gegen Frankreich, die EU und die ECOWAS. Im September 2023 gründeten Burkina Faso, Mali und Niger die Allianz der Sahel-Staaten (AES). Sie wurde zum Vehikel, um dieses Narrativ zu transportieren.

Der außenpolitische Konfrontationskurs ist ein Markenzeichen der Militärregime in Mali und Niger.

Der außenpolitische Konfrontationskurs wurde zum Markenzeichen der Militärregime, die dafür teils erhebliche Kosten in Kauf nahmen, zum Beispiel verringerte sicherheits- und entwicklungspolitische Unterstützung durch Europa. Der Druck durch EU und ECOWAS verstärkte wiederum den innenpolitischen Rückhalt der Putschisten. Nationalistische Appelle, die nationale Einheit gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen, wurden zum Kitt, mit dem die Reihen effektiv geschlossen wurden. Die Militärjuntas betrieben somit ein außerordentlich erfolgreiches Zwei-Ebenen-Spiel, bei dem die innen- und die außenpolitischen Positionen sich gegenseitig verstärkten, wodurch sie ihre Macht zunächst festigten. Angesichts dieser politischen Umbrüche bleibt der ernüchternde Befund, dass Deutschland und Europa nach einem Jahrzehnt extensiver Stabilisierungsbemühungen nicht nur mit weitgehend leeren Händen dastehen, sondern auch ohne gleichgesinnte staatliche Partner in der Region.

Nach einer längeren Schockstarre (2022 – 2024) ist innerhalb der EU indes die Einsicht gewachsen, dass die Lösung des Problems nicht darin bestehen sollte, der Diskussion um eine neue Sahel-Politik aus dem Weg zu gehen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte im September 2024 die künftige EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas auf, in Anbetracht steigender Unsicherheit und Instabilität im Sahel einen neuen europäischen Ansatz gegenüber der Re-

gion zu entwerfen.⁴ Im November 2024 wurde der ehemalige portugiesische Außen- und Verteidigungsminister João Cravinho zum neuen Sonderbeauftragten für die Sahel-Zone ernannt.

Das Nachdenken über das »Ob« und »Wie« eines neuen Sahel-Ansatzes ist jedoch nicht sehr weit vorangeschritten. Das liegt nicht nur an dem Konfrontationskurs der Militärregime und dem dynamischen und unsicheren Lagebild. Hinzu kommen unklare Ziele und Prioritäten innerhalb der EU. An diesen beiden Punkten setzt die vorliegende Studie an. Zuerst wird die aktuelle europäische Debatte um ein zukünftiges Engagement im Sahel eingeordnet, anschließend die politischen Entwicklungen in der Region analysiert. Dabei konzentriert sich die Studie auf die Lage in Mali und Niger nach den Militärputschen 2020/21 bzw. 2023. Die beiden Länder sind zentrale Fallbeispiele für die politischen und sicherheitspolitischen Dynamiken in der Region und bieten zugleich eine analytisch sinnvolle Vergleichsbasis. Burkina Faso wird nicht einbezogen, da sich die politischen Entwicklungen und gewaltsamen Dynamiken dort teilweise anders vollzogen haben. Die Einschätzungen zu den Entwicklungen stützen sich neben den zitierten Quellen auf mehrere Forschungsaufenthalte in Bamako und Niamey vor und nach den jüngsten Militärputschen, zuletzt im April 2025.

⁴ Ursula von der Leyen, »Mission Letter«, Pressemitteilung, Brüssel: Europäische Kommission, 17.9.2024.

Europas Suche nach einem Kurs

Nicht nur im Sahel, sondern auch auf internationaler Ebene haben sich in den letzten Jahren mit der russischen Invasion der Ukraine, Trumps zweiter Amtszeit als US-Präsident sowie finanziellen Engpässen die politischen Rahmenbedingungen verändert. Die EU hat nun die Aufgabe, unter diesen Bedingungen einen neuen und tragfähigen Ansatz für eine europäische Sahel-Politik zu entwickeln. Allerdings fehlt es bislang an Klarheit darüber, welche Ziele und Prioritäten diese Politik in Zukunft verfolgen sollte. Vier Themenkomplexe bestimmen die Diskussion über die Neuausrichtung der europäischen Sahel-Politik: (1) eine starke Position Europas im strategischen Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten (im Wesentlichen Russland) und die Sorge vor dem eigenen Einflussverlust in der Region, (2) der angemessene politische Umgang mit den Putschregimen und die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung in den Sahel-Staaten, (3) die Minderung der vom Sahel ausgehenden sicherheitspolitischen Risiken für die Region Westafrika und für Europa, schließlich (4) das Motiv, zur wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Sahel beizutragen.

(1) Im strategischen Wettbewerb zu bestehen, ist eine omnipräsente Forderung in der Debatte über die künftige europäische Sahel-Politik. Demnach sollte Europa das Ziel verfolgen, sich gegenüber internationalen Konkurrenten im Sahel zu behaupten, um seinen Einfluss zu wahren bzw. wiederherzustellen. Im Fokus steht dabei vor allem Russland. Seit der Vollinvasion der Ukraine betrachten europäische Entscheidungsträger:innen die Politik Russlands an der europäischen Südflanke kritischer, als dies zuvor der Fall war. Hinzu kommt, dass Russland über Desinformationskampagnen versucht, Europas Reputation und Einfluss im Sahel zu beschädigen. In geringerem Umfang bringt der europäische Diskurs strategischen Wettbewerb mit weiteren Drittstaaten wie China und der Türkei in Verbindung, die eine beachtliche Prä-

senz im Sahel aufgebaut haben. Ein Rückzug aus dem Sahel, so die These, verschaffe diesen Konkurrenten Raum, ihren Einfluss zulasten Europas auszuweiten.⁵

(2) Ein zweites europäisches Ziel ist die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung in den Sahel-Staaten. Eine einflussreiche Sichtweise stellt die Krise der Beziehungen zwischen Europa und den Sahel-Staaten in einen direkten Zusammenhang mit der Machtergreifung der Militärs. Folgerichtig sind die Juntas aus europäischer Sicht nicht nur eine normative Herausforderung aufgrund verfassungswidriger Regierungswechsel und begangener Menschenrechtsverletzungen, sondern – und vielleicht noch mehr – ein außenpolitisches Problem aufgrund ihrer konfrontativen Haltung. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die Militärregime es nicht vermögen, die Krisenspirale im Sahel zu stoppen. Damit gibt es auch aus sicherheits- und entwicklungspolitischer Sicht triftige Gründe, die Juntas als zentrales Problem zu betrachten.

(3) Die Minderung der sicherheitspolitischen Risiken, die vom Sahel für die Nachbarländer und die Region Westafrika sowie gegebenenfalls für Europa ausgehen, ist ein drittes europäisches Handlungsmotiv. Solange die Krise virulent bleibt, werden ihre Folgen auch für die Anrainer zunehmen. Die Diffusion politischer Instabilität, regionale Desintegration, die Ausweitung krimineller Netzwerke und nicht zuletzt jihadistische Expansion sind in den meisten westafrikanischen Nachbarstaaten längst Realität, besonders in Benin, Togo und Côte d'Ivoire.

Bis zu welchem Grad diese Entwicklungen unmittelbare Folgen für Europa haben, ist umstritten. Lang-

5 Lisa Tschörner/Denis M. Tull, »No Void in the Sahel: Why the ›Vacuum Narrative‹ Is Misleading«, in: Christine Hackenesch u. a. (Hg.), *Leverage and Limits: What African Actors Make of the New Multipolarity*, Berlin: Megatrends Afrika, Oktober 2025 (Working Paper 21), S. 9 – 12, <<https://www.megatrends-afrika.de/publikation/mta-working-paper-21-what-african-actors-make-of-the-new-multipolarity>>.

fristige Risiken bestehen in jedem Fall. Dass die stärkste jihadistische Aufstandsbewegung Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) in Mali die Macht übernimmt, erscheint mittlerweile denkbar. Die etwaigen Folgen für die Anrainerstaaten und Europa sind angesichts der vagen Programmatik der Jihadisten ungewiss. Die Gefahr einer weiteren regionalen Fragmentierung und Gewalteskalation erzeugt für Europa Handlungsdruck.

Ein viertes Themenfeld, das die Diskussion um eine neue europäische Sahel-Politik prägt, umfasst die **(4) wirtschaftliche Entwicklung sowie verbesserte Lebensbedingungen** in der Region. Neben moralischen Überlegungen, multilateralen Verpflichtungen und Pfadabhängigkeiten bestimmen hierbei vor allem sicherheitspolitische Motive den Ruf nach einem vertieften Engagement Europas. Das Argument lautet dabei, dass Entwicklungspolitik dazu beitragen könne, Fluchtursachen, irreguläre Migration in Richtung Europa sowie transnationale Kriminalität zu bekämpfen.

Die hier skizzierten Argumentationsmuster für eine neue Sahel-Politik beinhalten jedoch untereinander Widersprüche, Zielkonflikte und Dilemmata. Beispielsweise ist schwer vorstellbar, wie die Auswirkungen der Krise in den Sahel-Ländern selbst gemindert werden könnten, ohne dass Europa mit den dortigen Regierungen kooperiert und ihnen damit eine Art politischer Anerkennung ausspricht. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich bislang nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Manche Regierungen, unter anderem die französische und die schwedische, lehnen eine Kooperation mit den Juntas weitgehend ab, da sie eine solche Zusammenarbeit nicht nur als vergeblich, sondern sogar als sinnverkehrend bewerten. Denn das Ziel der Juntas sei es nicht, ihre Länder zu stabilisieren, sondern die eigene Macht zu sichern. Jede Form der Zusammenarbeit trage dazu bei, Regime zu stabilisieren, die sich mittels Desinformation, Populismus, Repression und russischer Unterstützung an der Macht hielten. Auch sei keine Kooperationsbereitschaft zu erwarten, so das Argument, denn der Treibstoff der Regime sei anti-westlicher Populismus. Demgegenüber plädieren andere Regierungen wie die italienische und die spanische dafür, auf der Grundlage von Realpolitik wieder enger mit den Sahel-Staaten zusammenzuarbeiten.⁶ Terrorismusbekämpfung und die Abwehr

irregulärer Migration aus der Region müssten eine Priorität der europäischen Sicherheitsstrategie bleiben.⁷

Zwischen diesen Polen bewegt sich die Mehrheit der EU-Staaten, darunter auch Deutschland, die eine zum Teil ambivalente Linie verfolgen. Sie räumen mehrheitlich ein, dass es weiterhin gute Gründe für ein europäisches Engagement im Sahel gebe. Das Kernproblem bleibt jedoch die Frage nach dem Umgang mit den herrschenden Militärregierungen. Uneinigkeit besteht darüber, welche Folgerungen aus der gegenwärtigen politischen Konstellation für einen möglichen EU-Ansatz und seine Operationalisierung zu ziehen seien.

Vergleichbare Divergenzen waren auch in Deutschland zu beobachten, wo die zuständigen Ressorts Auswärtiges Amt (AA), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) sich schließlich auf einen Kompromiss einigten: Einerseits stellte Berlin die sicherheitspolitische Kooperation in der Region weitgehend ein, etwa Ertüchtigungsprojekte, die Beratergruppe der Bundeswehr und den Militärstützpunkt Niamey, und für die diplomatischen Beziehungen auf höchster Ebene ein. Andererseits führte es die entwicklungspolitische Kooperation leicht angepasst und unter neuen Vorzeichen fort – »regierungsfern und bevölkerungsnah«.

pean Union and Cooperation, *Spain Africa 2025–2028. Working Together through a Strategic Relationship*, November 2024, <<https://www.exteriores.gob.es/es/ServiciosAl Ciudadano/PublicacionesOficiales/Spain%20Africa%202025-2028.pdf>>; Luca Raineri/Edoardo Baldaro, »The Politics of Geopolitics: Italy's Engagement in the Sahel and the Geopolitical Imaginary of the Wider Mediterranean«, in: *Geopolitics*, (2025), S. 1–31.

⁷ Ángel Luis de Santos, »Robles expresa a la Unión Europea la preocupación de España por la expansión del ISIS en el Sahel«, *InfoDefensa*, 18.7.2025.

⁶ Government of Spain, Ministry of Foreign Affairs, Euro-

Mali und Niger unter Militärherrschaft

Europäische Sahel-Politik steht vor der Herausforderung, sich an einen äußerst dynamischen und politisch volatilen Kontext anpassen zu müssen. Insgesamt ist die Informations- und Datengrundlage über die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region stark eingeschränkt. Ungewissheiten über das Lagebild und künftige Entwicklungen erschweren den Meinungsbildungsprozess innerhalb der EU. Europa hat es im Sahel nicht nur mit problematischen Gesprächspartnern zu tun; die Region befindet sich im festen Griff multipler, ungebremster Krisen, wie im Folgenden anhand der Entwicklungen in Mali und Niger aufgezeigt wird.

Militärherrschaft und Regimedynamiken

Nach ihren Putschen ist es den Militärs in Mali und Niger gelungen, ihre Macht zumindest vorübergehend zu festigen. Beide Regime haben ihren Herrschaftsanspruch auf unbestimmte Zeit ausgeweitet. Damit haben sie der von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, der Afrikanischen Union (AU) und westlichen Partnern geforderten Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung eine Absage erteilt. Mittlerweile ist sicher, dass die Putschisten in beiden Ländern Militärherrschaft nicht als vorübergehende Maßnahme betrachten. Die Junta-Chefs Assimi Goïta in Mali und Abdourahamane Tiani in Niger bekleiden seit 2025 nicht mehr nur das Amt eines »Übergangspräsidenten«, sondern ließen sich zu »Staatschefs« ohne Amtszeitbegrenzung ernennen. Selbst auf den Anschein einer Rechtsordnung wurde zum Teil verzichtet. Exemplarisch hierfür ist die Parteienpolitik: Zwar ließ die Junta in Mali 2023 eine neue Verfassung erarbeiten, in der politische Parteien vorgesehen waren. Per Dekret löste Goïta diese jedoch im Folgenden auf.⁸

⁸ Mamadou Faye, »Qu'est-ce que la dissolution des partis

Ob eine dauerhafte Militärherrschaft Teil der ursprünglichen Putschpläne war, ist eine offene Frage. Zumindest in Mali hatten die Obersten zunächst immer wieder eine Transition hin zu einer zivilen, verfassungsmäßigen Ordnung in Aussicht gestellt. In Niger hingegen äußerte sich Junta-Chef Tiani nach dem Putsch nur vage dazu, wie lange das Militär die Macht im Land ausüben könnte. Das lag auch daran, dass der Staatsstreich alle Anzeichen einer relativ spontanen Konspiration trug, hinter die sich nach anfänglichem Zögern eine heterogene Gruppe hochrangiger Militärvertreter stellte. Während der Putsch in Mali durch jüngere Offiziere mittlerer Ränge durchgeführt wurde, waren in Niger alteingesessene militärische Eliten die Urheber bzw. Unterstützer des Umsturzes.

Beide Regime gehen mit großer Repression selbst gegen gemäßigte Kritiker:innen vor, auch gegen anfängliche Unterstützer:innen. Einschüchterungen, das Verbot von Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien, das Verschwindenlassen von Personen und langjährige Inhaftierungen ohne Anklage und Verfahren sind an der Tagesordnung. Insbesondere auf politische Instrumentalisierung der Gesetze gegen Cyberkriminalität bzw. Terrorismus sowie – in Mali – auf den Vorwurf der »Schädigung des Ansehens des Staates« (*»atteinte au crédit de l'État«*) wird regelmäßig zurückgegriffen, um politische Oppositionelle auszuschalten.⁹ Kritische Imame, Journalist:innen, Aktivist:innen, Parteipolitiker:innen und Gewerkschafter:innen sind davon besonders betroffen.

politiques signifie pour les Maliens?», *BBC News Afrique*, 22.5.2025; »Au Sahel, les ONG prises en étau entre les juntas et les jihadistes«, *FRANCE 24*, 4.8.2025.

⁹ Mahamadou Konate, »Atteintes au crédit de l'État au Mali: Un délit dénaturé et instrumentalisé par des censeurs courtisans«, *Bamada.net*, 12.9.2023, <<https://bamada.net/atteintes-au-credit-de-letat-au-mali-un-delit-denature-et-instrumentalise-par-des-censeurs-courtisans>>.

Sie werden mitunter des »Landesverrats« angeklagt, woraufhin ihnen in Niger sogar die Staatsangehörigkeit aberkannt wird.¹⁰

Eine weitere Parallele zwischen Mali und Niger ist der Rückgriff auf politischen Populismus. Beide Militärregime behaupten, den Willen des Volkes zu repräsentieren — ein Anspruch, der zunächst insofern zutrifft, als dass die Putsch in beiden Ländern im Wortsinn durchaus populär waren. Nach ihrer Macht-ergreifung nutzten die Juntas vermeintlich breiten-wirksame Dialogforen und Konsultationsprozesse, um ihre Herrschaft zu legitimieren.¹¹ Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus diesen Foren wurden dabei regelmäßig als Volkswille apostrophiert. Tatsache ist indes, dass die verschiedenen Formate von den Regimen gesteuert wurden. Sie waren weder hinsichtlich der Teilnehmenden noch der Meinungsbildungsprozesse inklusiv und offen, sondern glichen »von oben« initiierten Affirmationszeremonien, die stets die Perpetuierung der Macht der Juntas empfahlen.

Gestützt wird die Militärherrschaft in Mali und Niger zudem durch die entschiedene Beherrschung des öffentlichen Raums. Online und offline ziehen die Juntas strikte Grenzen, innerhalb derer über politische und ökonomische Fragen diskutiert werden darf. Sie setzen eine stringente Kommunikationspolitik um, die den öffentlichen Informationsraum nahezu monopolisiert und mit »positiven Nachrichten« sättigt. Sowohl offizielle Kanäle (Staatsmedien, Armee-eigene Medienkanäle) werden dafür genutzt als auch die einflussreichen sozialen Medien. PR-Influencer:innen verbreiten hier im Namen der Regime umfangreiche Propaganda und Desinformation, bisweilen mit Unterstützung aus Russland.¹²

10 Conseil des droits de l'homme, *Situation des droits de l'homme au Mali*, Rapport de l'Expert indépendant sur la situation des droits de l'homme au Mali, Eduardo Gonzalez, 6.3.2025, <<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session58/advance-version/a-hrc-58-79-aev-fr.pdf>>.

11 U. a. in Mali »Assises nationales de la Refondation« (2021) und »Dialogue inter-malien« (2024), in Niger der »Dialogue national« (2024).

12 Bah Traoré, »L'émergence des »vidéomans« au Mali: Entre expression populaire et outil de désinformation«, Dakar: West Africa Think Tank (WATHI), 28.3.2025, <<https://www.wathi.org/laboratoire/tribune/lemergence-des-vidéomans-au-mali-entre-expression-populaire-et-outil-de-désinformation>>; Will Brown, *The Bear and the Bot Farm: Countering Russian Hybrid Warfare in Africa*, Berlin u. a.: European Council on Foreign Relations (ECFR), 22.10.2025.

Nicht nur Repression, auch fortschreitende Militarisierung kennzeichnet beide Regime.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen beiden Militärregimen ist die fortschreitende Militarisierung, also die zunehmende Dominanz militärischer Interessen und Ordnungsvorstellungen. Sie wird nicht nur in der Machtkonzentration des Militärs an der Staatsspitze deutlich, sondern ebenfalls in Bürokratien und öffentlichen Institutionen, wobei in Niger auch nicht-militärische Sicherheitskräfte beteiligt sind. Zentrale Schaltstellen in Ministerien und Territorialverwaltungen (Gouverneure, Präfekten), aber auch in Auslandsvertretungen wurden in beiden Ländern mittlerweile mit Offizieren besetzt. In Mali etwa stammt die Mehrzahl der seit 2021 ernannten Gouverneure, Präfekten und Unterpräfekten aus dem Militär.¹³ In Niger wurden sogar sämtliche Gouverneure und später ebenso die meisten Bürgermeister, Regional-, Stadt- und Bezirksräte durch Offiziere ersetzt.¹⁴ In Mali wurde zudem die Polizei dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Diese Prozesse reflektieren zum einen die Vertikalität militärischer Macht- und Ordnungsvorstellungen. In beiden Ländern soll der Durchgriff des Militärs auf Staat und Verwaltung hergestellt bzw. gefestigt werden. Dies entspricht durchaus den Erwartungen vieler Putschbefürworter:innen. Militärisch assoziierte Begriffe und Werte wie »Ordnung«, »Disziplin« und die »Verteidigung des Vaterlandes« sind Teil des öffentlichen Diskurses geworden, der das Militär — als Regierung und als Institution — zum Heilsbringer stilisiert, um die vermeintlich von demokratischen Parteien und Institutionen angerichteten Schäden zu beheben.¹⁵ Entsprechend wird die Rolle ziviler Akteure in Führungspositionen marginalisiert und delegitimiert. Einige von ihnen wurden zwar in die Machtapparate kooptiert, haben jedoch nur geringe Handlungsautonomie. Dies zeigt sich an der Entlassung einiger ziviler Minister, die in Ungnade fielen,

13 Manon Laplace, »Mali: De la présidence aux gouvernorats, les militaires ont-ils désormais la main sur toute l'administration?«, in: *Jeune Afrique*, 26.8.2022.

14 »Régions: Voici la liste des gouverneurs militaires nommés par le CNSP«, *ActuNiger*, 1.8.2023, <<https://actuniger.com/politique/19389-regions-voici-la-liste-des-gouverneurs-militaires-nommes-par-le-cnsp.html>>.

15 Célian Macé, »Au Mali, le discours souverainiste des militaires a soulevé une vague d'espoir sans précédent depuis les années 90«, in: *Libération*, 4.12.2024.

sobald sie zu große eigene Ambitionen zeigten. Betroffen war nicht zuletzt der Premierminister der malischen Junta, Choguel Maïga, der im November 2024 abberufen wurde und sich kurze Zeit später im Gefängnis wiederfand.¹⁶

Die Militarisierung dient zum anderen dem Versuch, die politischen Reihen innerhalb der Streitkräfte zu schließen und damit deren Loyalität zu stärken. Es geht also nicht nur um die Ausweitung militärischer Zuständigkeiten, sondern um Militarisierung als Mittel einer Klientelpolitik. Nicht nur wurden politische Posten an Personen aus dem unmittelbaren Umfeld der Putschisten vergeben; die neuen Machthaber beförderten auch Dutzende von Obersten zu Generälen.¹⁷

In Mali ist es der Junta über knapp fünf Jahre hinweg gelungen, ihren internen Zusammenhalt zu wahren. Im Vergleich zur Militärregierung in Niger hatte sie diesbezüglich günstigere Rahmenbedingungen, da die fünf Initiatoren des Putsches Gemeinsamkeiten in puncto Status, Sozialisierung und Karrierepfade aufweisen. Gleichwohl halten sich in Mali beharrlich Gerüchte über interne Spannungen, die teilweise individuellen politischen Ambitionen, aber ebenso Meinungsverschiedenheiten über Richtungsentscheidungen zugeschrieben werden.¹⁸

In Niger hingegen sind die Putschisten mit einem Zirkel aus 16 Männern eine deutlich größere und heterogenere Gruppe. Sie setzt sich aus Mitgliedern verschiedener Einheiten der Sicherheitskräfte mit unterschiedlichen sozialen und politischen Hintergründen zusammen, die dem Anschein nach sehr unterschiedliche Motive hatten, den Putsch Tianis zu unterstützen. Seit dem Frühjahr 2025 mehren sich auch in Niger Hinweise auf interne Spannungen zwischen den Generälen. Insbesondere die Macht Präsident Tianis erscheint trotz – oder gerade wegen – seiner zentralen Position innerhalb der Militärjunta zunehmend fragil.¹⁹

Weitere Risiken drohen beiden Juntas von Offizieren außerhalb des inneren Machtzirkels. Die sich mehrenden Rückschläge im Kampf gegen jihadistische Gruppen untergraben das Vertrauen der Streitkräfte in die Führung und könnten in beiden Ländern zu einem erneuten Putsch führen. In Niger kam es bereits zu mehreren kurzzeitigen Revolten in Garnisonen.²⁰ In Mali wurden im August 2025 mehrere Dutzend Offiziere verhaftet, weil sie angeblich an Plänen zur Destabilisierung der Regierung arbeiteten.²¹ Die Herrschaft beider Regime ist also bei Weitem nicht gesichert.

Schwindender gesellschaftlicher Rückhalt

Sowohl in Mali als auch in Niger begrüßten weite Teile der Bevölkerung die Machtergreifung der Militärs enthusiastisch. Die Putschisten versprachen eine Neugründung (»refondation«) des Staates. Deren Grundpfeiler sollten der entschlossene Kampf gegen Aufständische und Korruption sowie eine endogene Entwicklungsagenda sein. Zur ideologischen Klammer des Ganzen wurde die wiedererlangte Souveränität (»souveraineté retrouvée«) erklärt. Doch die anfängliche gesellschaftliche Unterstützung scheint zu schwinden.

Ausschlaggebend für die breite Unterstützung der Putsche war in beiden Ländern die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Regierung und ihrem erfolglosen Umgang mit der Sicherheitskrise. In Mali hatten sich die Hoffnungen auf politische Stabilisierung nach der französischen Militärintervention, der Operation Serval, und den anschließenden Neuwahlen 2013 nicht erfüllt – im Gegenteil. Unmittelbar vor dem Putsch am 18. August 2020 meinten 85 Prozent der Malier:innen, das Land bewege sich in die falsche Richtung.²² In Niger war das Meinungsbild nur unwesentlich besser. Die Sicherheits-

16 Paul Njie, »Mali Junta Chief Fires Prime Minister in Row over Return to Civilian Rule«, *BBC News*, 21.11.2024.

17 Boubacar Haïdara, »Promotions militaires sous la transition: L'ère des Généraux«, in: *Journal du Mali*, 24.10.2024; Salissou Soumana Karimou, »Niger: Avancement et nomination d'Officiers des Forces armées nigériennes«, *Agence Nigérienne de Presse*, 2.6.2025.

18 Fatoumata Diallo/Matteo Maillard, »Mali: Entre Assimi Goïta et Sadio Camara, la guerre des clans est déclarée«, in: *Jeune Afrique*, 25.4.2025.

19 Emmanuel Grégoire, *Niger: Un coup d'État, le chaos et après?*, Paris: Institut Français de Géopolitique, April 2025,

<<https://www.geopolitique.net/niger-un-coup-detat-le-chaos-et-apres-par-emmanuel-gregoire/>>.

20 »Niger: Mutinerie au sein d'une garnison basée à Termit dans le Sahara«, *Radio France Internationale (RFI)*, 13.5.2025.

21 Matteo Maillard u. a., »Au Mali, les coulisses de la purge menée par Assimi Goïta au sein de l'armée«, in: *Jeune Afrique*, 13.8.2025.

22 Afrobarometer, *Résumé des résultats. Enquête Afrobarometer Round 8 au Mali, 2020*, Bamako 2020, <https://afrobarometer.org/wp-content/uploads/migrated/files/publications/Summary%20of%20results/resume_des_resultats-mali-afro-barometer_round_8-21oct20_0.pdf>.

lage und die Wirtschaft, die soziale Krise, Klientelismus und Korruptionsskandale hatten die gewählte Regierung von Präsident Bazoum diskreditiert, allerdings nicht bei ihren außenpolitischen Partnern in Europa. In beiden Ländern wurde vielfach die Funktionsweise der Demokratie als ursächlich für die Krise angesehen. In Niger verband sich dieses Denken mit der Kritik an der Absicht Präsident Bazoums, mit jihadistischen Aufständischen Verhandlungen zu führen, was viele als Kapitulation deuteten.²³

Das Leitmotiv »nationale Souveränität« verhalf den Militärregierungen zu großer Popularität.

In beiden Ländern genoss das Militär schon vor den jüngsten Putschen nicht nur ein hohes Ansehen, sondern sogar mehr Vertrauen als jede andere staatliche Institution. Laut Meinungsumfragen hatten malische Befragte »viel« (62 Prozent) oder zumindest »teilweise« Vertrauen (19,6 Prozent) in die Streitkräfte. In Niger waren es 71 respektive 18 Prozent.²⁴ Wie bereits anlässlich früherer Militärputsche sprachen Bürger:innen dem Militär neben Patriotismus und Disziplin auch die Fähigkeit zu, ihre Länder in Krisenzeiten wieder auf Kurs zu bringen. Versprechen der Putschisten wie nationale Einheit und Stärke, die Moralisierung des öffentlichen Lebens sowie die Wiederherstellung staatlicher Autorität elektrisierten die Bevölkerung und weckten Hoffnungen auf einen Ausweg aus der Krise. Nationale Souveränität wurde zum Leitmotiv eines außerordentlich populären Diskurses erhoben, der Nationalismus mit einer scharfen Kritik an externen Partnern verband. Allen voran wurden die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS als Sündenböcke der Krise ausgemacht. Die Figur des »äußeren Feindes«, der das Wohl der Nation bedrohe, wurde zum Dreh- und Angelpunkt einer Propaganda, die die öffentliche Meinung für die Junta einnahm.²⁵

In Mali sorgten insbesondere öffentliche Schlagabtausche zwischen Junta-Mitgliedern und Vertreter:innen der französischen Regierung für Begeisterung. Der Rauswurf französischer Diplomaten sowie französischer und europäischer Truppen der Operation Barkhane und der Taskforce Takuba sowie schließlich der Mission MINUSMA der Vereinten Nationen trug seinen Teil dazu bei, den Rückhalt für die Militärregierung zu stärken. Ähnliche Entwicklungen waren auch in Niger zu beobachten, wo die Junta das Vorgehen Malis offenkundig als Inspirationsquelle nutzte.

Infolge des Zerwürfnisses mit der Militärregierung in Mali hatten viele externe Partner ihre Präsenz in das Nachbarland Niger verlagert, wo die Regierung Bazoum sich kooperationsbereit zeigte. Teile der Bevölkerung jedoch kritisierten die Stationierung ausländischer Truppen – vor allem mit Blick auf Frankreich – als Neokolonialismus. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter das Bündnis M62, forderten den Abzug aller ausländischen Militärs. Ihr Protest wurde von der Regierung unterdrückt. In einer Umfrage lehnten 64 Prozent der Befragten den Einsatz ausländischer Streitkräfte in Niger ab, die als invasiv und gefährdend für die nationale Souveränität und Sicherheit wahrgenommen wurden. Nur 6 Prozent begrüßten die Militärhilfe der EU und Frankreichs.²⁶ Die kurzfristige Drohung der ECOWAS, den Putsch vom Juli 2023 zur Not mittels einer Militärintervention rückgängig zu machen, trug dazu bei, den innenpolitischen Rückhalt der Junta auszubauen. Die Sorge vor einer Intervention befeuerte nicht nur wochenlange Massenproteste gegen die ECOWAS in allen Landesteilen. Sie lähmte auch kritische Stimmen aus Politik und Zivilgesellschaft, die ob eines drohenden Krieges befürchten mussten, als Landesverräter:innen angegriffen zu werden.

Der Diskurs der Souveränität war also sowohl in Mali also auch in Niger hochgradig performativ: Die resolute Auseinandersetzung mit westlichen Partnern und die Rückbesinnung auf die eigenen Stärken beflügelten unter weiten Teilen der Bevölkerung den Glauben in die Handlungs- und Problemlösungsfähig-

23 Lisa Tschörner, *Gekommen um zu bleiben: Nigers Militärjunta konsolidiert ihre Macht*, Berlin: Megatrends Afrika, 26.7.2024 (Spotlight 36), <<https://www.megatrends-afrika.de/publikation/mta-spotlight-36-nigers-militaerjunta-konsolidiert-ihre-macht>>.

24 Afrobarometer, »Round 8 (2019/2021)«, <<https://www.afrobarometer.org/online-data-analysis>>.

25 Denis M. Tull, »Contester la France: Rumeurs, intervention et politique de vérité au Mali«, in: *Critique internationale*, 90 (2021) 1, S. 151–171.

26 Mahamne Tahirou Ali Bako, *Terrorisme: Les Nigériens sont satisfaits de l'implication de leur armée et ne veulent pas de l'aide d'une armée étrangère*, Afrobarometer, Juni 2023 (Dépêche, Nr. 653), <<https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2023/06/AD653-Nigériens-rejettent-l'aide-d'une-armee-etrangere-Afrobarometer-17juin23.pdf>>; Interviews der Autorin und des Autors, Niamey, Juni und August 2022, Februar und September 2023.

keiten der Militärregierung sowie die Hoffnung auf nationale Erneuerung.²⁷

Inzwischen legt jedoch vieles nahe, dass die mali-sche und die nigrische Junta den Zenit ihrer Popularität überschritten haben. Zuspruch ist zunehmender Ernüchterung gewichen.²⁸ Die Wirkungskraft der populistischen Feindrhetorik hat sich mit der Zeit abgenutzt. Die Interessen der Bevölkerung haben sich verschoben: Im Vordergrund stehen nun die unge-lösten akuten Probleme, das heißt die Sicherheits-krise, die schwierige Wirtschaftslage, unbezahlte Gehälter und hohe Lebenshaltungskosten, aber auch eine staatliche Erneuerung, die auf sich warten lässt. In Niger ist dies womöglich noch greifbarer als in Mali, da viele den anhaltenden Einfluss einer etab-lierten politisch-militärischen Elite kritisieren, die schon vor dem Putsch die Regierungsgeschäfte mitbestimmt hat. Sie bemängeln, dass Korruption, Klientelismus und Vetternwirtschaft fortbestehen und öffentliche Ressourcen systematisch geplündert werden. Insbesondere die ungeklärte Rolle des ehe-maligen Präsidenten Issoufou erregt in diesem Zusammenhang die Gemüter, da ihm eine große Nähe zur Junta nachgesagt wird. Dass vergangene Skandale und Korruptionsaffären aufgearbeitet werden, ist kaum erkennbar oder wird unter dem Deckmantel der von Junta-Chef Tiani ausgerufenen nationalen Versöhnung unterbunden. Selbst in Regierungskreisen gilt der Putsch für einige daher als »unvollendet«, da Elitenarrangements weiterhin bestehen.²⁹

Die Regime in Bamako und Niamey scheinen sich ihres Popularitätsverlustes nur allzu bewusst zu sein.

27 Für Mali: Afrobarometer, »Mali Round 9 Data (2022)«, 8.1.2023, <<https://www.afrobarometer.org/survey-resource/mali-round-9-data-2023>>; Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), *Mali-Mètre*, Ausgaben 2021 bis 2023.

28 Interviews der Autorin und des Autors, Bamako und Niamey, April 2025. Im Januar 2025 gaben »nur« noch 68,7 Prozent der Befragten des *Mali-Mètre* an, die Lage des Landes habe sich in den vorangegangenen 12 Monaten verbessert (2022: 83,6%). Rund 72 Prozent sprachen dem Übergangspräsidenten das Vertrauen aus, nicht aber der Regierung (2,6%) und dem Übergangsparlament (0,8%). FES, *Mali-Mètre 2025. Enquête d'opinion »Que pensent les Maliens?«*, Bamako, Mai 2025, S. 17, 29, <<https://collections.fes.de/publikationen/periodical/zoom/1668971>>.

29 Interviews der Autorin, Niamey, April 2025; Beatrice Bianchi/Bokar Sangaré, »Le coup d'État au Niger, entre réformisme civil et conservatisme militaire«, in: *Politique africaine*, (2023) 3, S. 241 – 260.

Die systematische Repression gegen politische Gegen:innen zeugt von der Nervosität beider Regierungen, obgleich organisierte Kritik oder kollektives, oppositionell ausgerichtetes Handeln bislang kaum auszumachen sind. Sowohl in Mali als auch in Niger wurden politische Parteien nicht nur aufgelöst, sondern bleiben seit den Putschen unter weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert.³⁰ Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Berufsverbände sind fragmen-tiert und teilweise von den Militärregimen kooptiert, sodass vereinzelte Demonstrationsaufrufe, Streiks oder Protestschreiben bislang keine große Tragweite entfalten konnten.³¹ Auch der Einfluss neuer bewaff-neter Gruppierungen, die sich nach dem Putsch in Niger im Norden des Landes gebildet haben, ist gering. Verhandlungen zwischen den Aufständischen und Niamey führten zur erfolgreichen Demobilisierung einiger hundert Kämpfer.³²

Demnach ist nicht zu erkennen, dass politische oder gesellschaftliche Gruppen in Mali und Niger aktuell in der Lage wären, jenseits der Verhandlung von Partikularinteressen konsens- bzw. durchsetzungs-fähige politische Alternativen zu den Militärregimen zu entwerfen. Gleichzeitig bleibt nicht ausgeschlos-sen, dass sich angesichts wachsender Unzufriedenheit neue Koalitionen von zivilen und militärischen Ak-teuren bilden, die das Potential besitzen könnten, mittelfristig zu einer ernsthaften Gefahr für die herr-schenden Juntas zu werden. In Niger dürfte der Ein-fluss von Mitgliedern der seit dem Putsch im Exil lebenden alten politischen Elite dabei eine entschei-dende Rolle spielen. Ein weiterer wichtiger Parameter, der die politische Zukunft der Juntas bestimmen wird, sind die Sicherheitslage und die offensichtlichen Miss-erfolge im Kampf gegen jihadistische Gruppen.

Sicherheitslage in der Abwärtsspirale

Die seit mindestens 2017 beobachtbare, stete Ver-schlechterung der Sicherheitslage spielte beim Zu-standekommen der Militärputsche eine zentrale Rolle:

30 Bokar Sangaré/Mahamadou Cissé, »Se renouveler ou périr, le dilemme des partis politiques au Mali«, in: *Afrique XXI*, 10.3.2025.

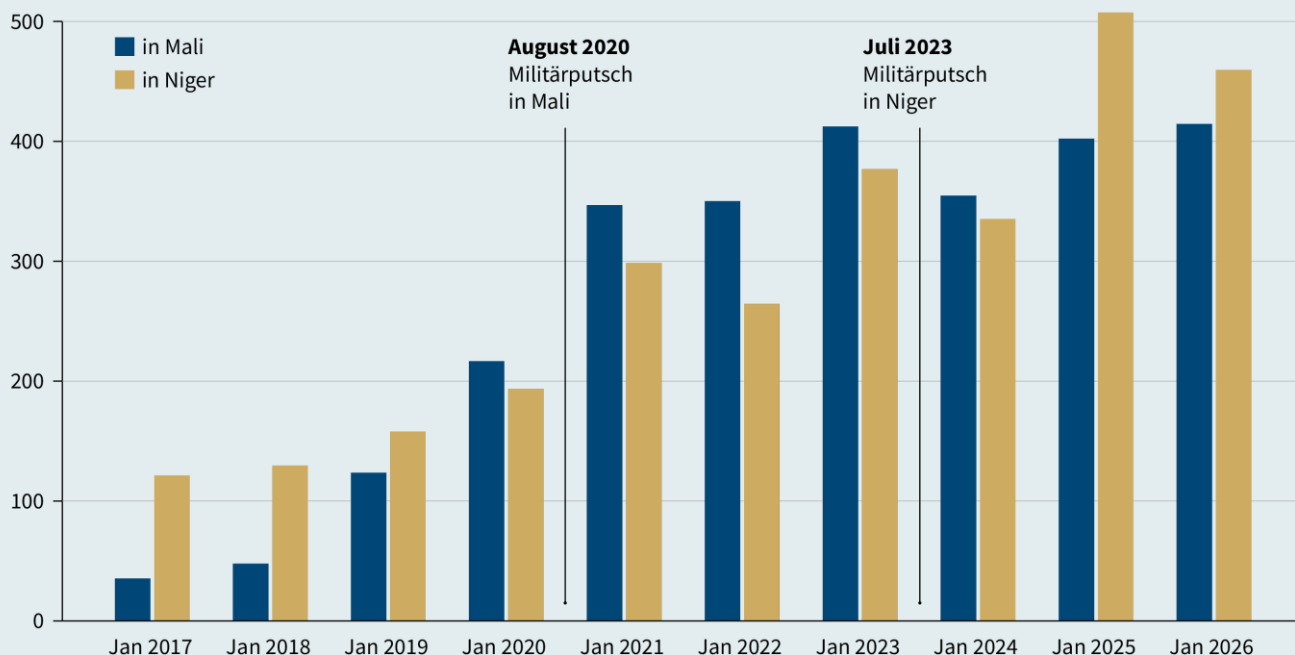
31 »Niger: Le régime militaire dissout deux puissants syndicats du secteur judiciaire«, *Agence France-Presse (AFP)*, 8.8.2025.

32 »Au Niger, nouvelles redditions d'une centaine de membres de groupes rebelles«, in: *Le Monde*, 28.11.2024.

Graphik

Binnenvertriebene in Mali und Niger, 2017–2026

in Tausend



Quelle: UNHCR

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2026 | © CC BY 4.0

In Mali war sie ein ursächlicher Faktor, in Niger diente sie zumindest dazu, den Putsch zu rechtfertigen.³³

Mehr als fünf (Mali) bzw. zwei Jahre (Niger) nach der Machtergreifung ist offenkundig, dass es den regierenden Militärs nicht gelungen ist, ihr Versprechen zu halten und die Sicherheitskrisen zu lösen.³⁴ Ein Indikator dafür ist die hohe Zahl der Binnenvertriebenen (IDPs) (siehe Graphik).

Auch wenn die übrige Datenlage stark eingeschränkt ist, weil eine unabhängige Berichterstattung staatlicherseits systematisch unterdrückt wird, lassen sich einige größere Trends nachzeichnen. Insgesamt weisen sie auf eine fortschreitende Verschlechterung der Sicherheitslage hin. Daran ändert auch der zunehmende Einsatz von bewaffneten Drohnen und Helikoptern durch die nationalen Streitkräfte wenig.

Die Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte nimmt zwar in der Außenkommunikation der Regime breiten Raum ein; doch gibt es beispielsweise kaum Anzeichen dafür, dass der Drohnenkrieg einen wesentlichen Einfluss auf die militärischen Kräfteverhältnisse hat.³⁵ Bei einem jihadistischen Anschlag auf einen Stützpunkt am Flughafen in Niamey im Januar 2026 wurden Apparate der nigrischen Luftwaffe zerstört.³⁶ Immer wieder wird zudem über zivile Opfer bei von den Streitkräften verübten Drohnenschlägen berichtet.³⁷ Sich häufende Nachrichten von Befehlsverweigerungen und Meutereien deuten auf die teils desolate Lage der im Antiterrorkampf engagierten Truppen hin.³⁸ Die mit hoher Wahrscheinlichkeit schnell wachsenden Zahlen gefallener Sicherheitskräfte halten die Militärregime aus Furcht

³³ Tschörner, *From Anchor of Stability* [wie Fn. 3]; Aoife McCullough/Adam Sandor, »Briefing: How a Mutiny Became A(nother) Coup: The Politics of Counterinsurgency and International Military Partnerships in Niger«, in: *African Affairs*, 122 (2023) 489, S. 587–601.

³⁴ Alex Thurston, *Military Coups, Jihadism and Insecurity in the Central Sahel*, Sahel and West Africa Club (SWAC/OECD), Paris: OECD Publishing, April 2024 (West African Papers, Nr. 43).

³⁵ Gerrit Kurtz u. a., *The Myth of the Gamechanger: Drones and Military Power in Africa*, Berlin: Megatrends Afrika, März 2025 (Policy Brief 33), doi: 10.18449/2025MTA-PB33.

³⁶ »Niger: Le groupe État islamique diffuse une vidéo de l'attaque de l'aéroport de Niamey«, *RFI*, 2.2.2026.

³⁷ »Niger: L'armée mène de nouvelles frappes de drones sur un marché faisant des victimes civiles«, *RFI*, 8.1.2026.

³⁸ »Niger: Mutinerie au sein d'une garnison« [wie Fn. 20].

vor Popularitäts- und Vertrauensverlust unter Verschluss. Gerade diese Politik sorgt ebenfalls für Kritik.³⁹

Blickt man auf die letzten zwei Jahre zurück, zeigt sich, dass der Versuch der malischen und nigrischen Streitkräfte, die Oberhand zu gewinnen, misslungen ist. Geringe Ressourcen und Kapazitäten setzen ihrer Schlagkraft enge Grenzen. Hinzu kommt die große Agilität der Aufständischen, die asymmetrisch agieren, taktisch, technologisch (Drohneinsatz) und strategisch anpassungsfähig und in vielen Regionen mittlerweile auf dem Vormarsch sind.⁴⁰ Ihr strategischer Vorteil besteht auch darin, dass sie teilweise auf den Rückhalt der Bevölkerung zählen können, vor allem in ländlichen Gebieten. Dabei nutzen die Aufständischen Gewalt und Zwang, um vorhandene Machtstrukturen in Frage zu stellen: Neben Anschlägen auf Sicherheitskräfte, die Zivilbevölkerung und staatliche Infrastruktur setzen sie in immer mehr Gebieten eine alternative politische Ordnung durch, die im Vergleich zu staatlichen Institutionen von Teilen der Bevölkerung als berechenbarer und präsenter empfunden wird. Zumindest aber erlaubt eine Akzeptanz dieser alternativen Ordnung den Menschen, ihrem Alltag nachzugehen.⁴¹

In Niger muss sich die Regierung einerseits mit etablierten jihadistischen Gewaltakteuren wie der al-Qaida-treuen Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) und dem Ableger des Islamischen Staates (IS) Islamic State Sahel Province (ISSP) auseinandersetzen. Andererseits sieht sie sich einer wachsenden Zahl aufständischer Gruppen gegenüber, die die Kapazitäten der Streitkräfte zu übersteigen scheinen. Insbesondere in der an Mali und Burkina Faso grenzenden Region Tillabéri haben ISSP und JNIM durch Angriffe gegen Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung ihre Einflusszonen ausgeweitet. Selbstverteidigungs-

milizen und kriminelle Banden sowie ein rücksichtsloses und diskriminierendes Vorgehen der Sicherheitskräfte bei der Aufstandsbekämpfung tragen dazu bei, dass die Gewalt eskaliert und die Gesellschaft sich fragmentiert. Die Gewalt rückt dabei immer näher an die Hauptstadt Niamey heran.

Auch in der Region Dosso an der Grenze zu Benin und Nigeria sind vermehrte Angriffe durch Jihadisten zu verzeichnen. Die als lokale IS-Rekruten bezeichneten Kämpfer der Gruppe Lakurawa werden für Anschläge auf die Ölpipeline verantwortlich gemacht. Auch die nördliche Region Agadez ist von zunehmender Unsicherheit betroffen. Im Oktober 2024 verübte JNIM in der Nähe von Assamakka ihren ersten bekannten Anschlag in der Region. Mehrere seit 2023 neu entstandene Rebellengruppen haben sich zu Entführungen und Sabotageakten in Agadez bekannt, wie die nach dem Putsch gegründete Front patriotique de Libération (FPL) und die Front patriotique pour la Justice (FPJ), die sich beide die Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Ordnung zum Ziel gesetzt haben.

Noch bedenklicher sind die Entwicklungen in Mali, wo sich schätzungsweise die Hälfte des nationalen Territoriums außerhalb staatlicher Kontrolle befindet, Tendenz steigend.⁴² Abgesehen von der symbolisch wichtigen Eroberung der Rebellenhochburg Kidal im November 2023 hat das malische Militär nicht die Kontrolle über den Norden zurückerlangt. Das wird beispielsweise an der verheerenden Niederlage von Tinzaouaten im Juli 2024 deutlich, bei der die malischen Streitkräfte (FAMa) und Söldner der russischen Wagner-Gruppe über 130 Todesopfer zählten, als sie gegen eine Koalition aus JNIM und der für die Unabhängigkeit von Malis Norden eintretenden Front de Libération de l'Azawad (FLA) kämpften.⁴³ Die militärisch stärkste Bewegung – JNIM – hat ihren Aktionsradius vergrößert und seit Ende 2024 eine heftige Offensive gestartet. Dies zeigen nicht nur die Anschläge auf Minister-Konvois und militärische Einrichtungen in Bamako am 17. September 2024. Strategisch bedeutsamer ist die Tatsache, dass JNIM ihre Angriffe im Süden und Westen Malis seit Anfang 2025 ausgeweitet hat und dabei immer öfter auch Städte in den Blick nimmt, so Ségou, Kayes, Nioro und Sikasso

39 Benjamin Roger, »Il y a une omerta sur nos morts: Au Sahel, ces soldats tombés au front que l'on cache«, in: *Le Monde*, 28.7.2025; Philipp Sandner/Georges Ibrahim Toukara, »Soldatenfamilien spüren das Schweigen der Juntas im Sahel«, *DW*, 8.8.2025.

40 Seydou Nomoko, »Au Sahel, les attaques de drones par les djihadistes prennent une ampleur inédite«, in: *Le Monde*, 23.7.2025.

41 Yvan Guichaoua/Ferdaous Bouhlel, *Interactions between Civilians and Jihadists in Mali and Niger. Research Findings and Lessons for Policy*, Canterbury: University of Kent, 2023 (Project Report); Mahamadou Bassirou Tangara/Ibrahima Poudiougou, *Vivre sous blocus: Cas des zones sous influence du JNIM au Mali*, Accra: Réseau de recherche et action pour la paix (Réseau REcAp), Dezember 2025 (Working Paper, Nr. 5).

42 Economist Intelligence Unit (EIU), »Security in the Sahel Will Continue to Deteriorate«, 20.3.2025 (Viewpoint), <<https://viewpoint.eiu.com/analysis/article/1192138719>>.

43 Zuvor trat die FLA als Cadre stratégique permanent (CSP) in Erscheinung.

sowie die Hauptstadt und deren Umland. Besondere Beachtung verdient die wirtschaftliche Dimension dieser Strategie, die darauf abzielt, durch Blockaden die ohnehin schon angespannte wirtschaftliche Lage zu verschlechtern. Seit September 2025 hat JNIM durch dieses Vorgehen sehr erfolgreich die Treibstoffversorgung Bamakos und weiterer Städte eingeschränkt.

Diese qualitativ neuen Entwicklungen haben das Ziel, die Streitkräfte und die Bevölkerung zu demoralisieren und die Ohnmacht der Junta offenzulegen.⁴⁴ Zunehmend rücksichtslose Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch die FAMA und ihre russischen Partner deuten darauf hin, dass der Druck der JNIM wächst, die Opferzahlen in den eigenen Reihen steigen und möglicherweise das Vertrauen der Truppe in die Führung schwindet. Die Mobilisierung ethnischer Milizen und Selbsthilfegruppen, Repression und insbesondere die Stigmatisierung von Teilen der Bevölkerung (Peul), die unter Generalverdacht gestellt werden, jihadistische Gruppen zu unterstützen, erodieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in den Staat.⁴⁵ Im Verlauf des Jahres 2024 ging ein abnehmender Anteil der zivilen Todesopfer (25 Prozent) zulasten von JNIM, aber fast die Hälfte (49 Prozent) auf das Konto der FAMA. Im Jahr 2025 waren die FAMA für fast 75 Prozent der zivilen Todesopfer verantwortlich, JNIM für 20 Prozent. Bei der Hälfte der Vorfälle, die zur Tötung von Zivilisten führten, wurden die FAMA von ihren russischen Partnern begleitet, sprich der Wagner-Gruppe bzw. seit 2025 dem Africa Corps.⁴⁶

Die militärische Aufstandsbekämpfung der Juntas in Mali und Niger ist gescheitert.

Im Gegensatz zu den zivilen Vorgängerregimen setzen die Juntas in Mali und Niger fast ausschließlich auf militärische Aufstandsbekämpfung. Deren offensichtliches Scheitern erstreckt sich im Fall Malis auf

die Kooperation mit Russland, das seit 2022 die Rolle des strategischen Partners eingenommen hat.⁴⁷ Mit bis zu 2.000 Kombattanten und Beratern (Wagner bzw. Africa Corps) sowie militärischer Hardware ist kein anderes Regime im Sahel eine ähnlich umfangreiche Kooperation mit Russland eingegangen. In Niger werden lediglich 150 bis 300 russische Soldaten vermutet.⁴⁸

Vieles deutet darauf hin, dass die Juntas nicht nur ihre militärischen Gegner unterschätzt, sondern auch die eigenen Fähigkeiten überschätzt haben. Die Konfrontationspolitik gegenüber afrikanischen und westlichen Partnern hat sich zwar zeitweilig innenpolitisch ausgezahlt, aber aus sicherheitspolitischer Sicht tragen Mali und Niger dafür hohe Kosten. Die schlechten Beziehungen zu den Nachbarstaaten können sich Bamako und Niamey nicht leisten. Auch der wechselseitige Beistand im Rahmen der seit 2023 bestehenden Allianz der Sahel-Staaten (AES) hat sich als begrenzt, ja vor allem als symbolisch erwiesen. In Mali blieben darüber hinaus die Ergebnisse der Kooperation mit Russland hinter den Erwartungen zurück.

Sicher ist, dass im Lichte der Entwicklungen der letzten zwölf Monate das Momentum eindeutig auf der Seite der Junta-Gegner liegt, vornehmlich JNIM, dem wichtigsten Gewaltakteur unter ihnen. Eine militärische Kehrtwende ist derzeit nicht in Sicht, ebenso wenig wie die Aussicht, dass die Juntas den Konflikt militärisch für sich entscheiden könnten.

Achillesferse Wirtschaft

Ungeachtet teils solider makroökonomischer Kennzahlen wie der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) befinden sich Mali und Niger ökonomisch in schwierigem Fahrwasser. Die finanziellen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume der Regierungen schrumpfen. Gleichzeitig steigt der Druck auf die Bevölkerung, da ihre Lebensbedingungen in den letzten Jahren in vielen Bereichen – zum Beispiel Ernährungssicherheit, Bildung, Arbeitsmarkt – sehr schwierig waren oder sich gar verschlechtert haben. Die Armutsrate liegt in Mali und Niger bei über 40 Pro-

44 Benjamin Roger, »Au Mali, la filiale sahélienne d'Al-Qaïda resserre son étau autour de Bamako«, in: *Le Monde*, 16.9.2025.

45 »Mali: Manifestations dans un village après l'arrestation d'une trentaine d'hommes«, *AFP*, 14.5.2025; Ibrahima Poudiougou, »Itineraries of Emancipation through Violence: Jihad, Self-Defense, Land Tenure and the Memory of Slavery in Central Mali«, in: *Cahiers d'études africaines*, 65 (2025) 1, S. 65–96.

46 Berechnungen auf der Basis von Armed Conflict Location and Event Data (ACLED), <<https://acleddata.com>>.

47 The Sentry, *Mercenary Meltdown. The Wagner Group's Failure in Mali*, August 2025, <<https://thesentry.org/reports/mercenary-meltdown-wagner-failure-mali>>.

48 Global Initiative against Transnational Organized Crime, *After the Fall. Russian Influence on Africa's Illicit Economies Post-Wagner*, Genf, Februar 2025, S. 32.

zent, nimmt aber in absoluten Zahlen zu.⁴⁹ Bei Konsumgütern des täglichen Lebens ist es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen gekommen. In Mali lagen beispielsweise im Jahr 2025 die Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel 33 Prozent über dem Niveau von 2020.⁵⁰ Entsprechend stehen sozioökonomische Probleme ganz oben auf der Liste der Prioritäten der Bürger:innen.⁵¹ In Niger war Nahrungsmittelsicherheit schon 2022, also noch vor dem Putsch, das wichtigste wahrgenommene Problem (25 Prozent), gefolgt von Wasserversorgung (16,3 Prozent) und Sicherheit (14,8 Prozent).⁵²

In Mali hat sich die Schließung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und der Abzug internationaler Organisationen wie der MINUSMA negativ auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Lage ausgewirkt. Betrug die Zuschüsse der Geber für Projekte, Programme und Budget im Jahr 2020 noch ca. 630 Millionen Euro (ca. 21 Prozent des Haushalts), ging die Regierung für 2025 nur noch von Zuflüssen in Höhe von 131 Millionen Euro (3,4 Prozent des Haushalts) aus.⁵³ Während die allgemeine und sektorielle Budgethilfe gegenüber 2020 völlig eingebrochen ist, reduzierte sich die projektbezogene Unterstützung um 80 Prozent. Relativiert werden die Auswirkungen auf den Staatshaushalt allerdings durch die Tatsache, dass ohnedies mehr als die Hälfte der internationalen EZ staatsfern, das heißt am Staat vorbei implementiert worden war.⁵⁴

Ähnlich ist die Lage in Niger, wo der schlagartige Einbruch von Budgethilfen und Entwicklungsfinanzierungen sowie die wegen des Putsches verhängten Sanktionen drastische Konsequenzen hatten. Erhielt die Regierung 2020 noch Zuflüsse in Höhe von 962 Mil-

lionen Euro (25,1 Prozent des Haushalts),⁵⁵ waren es 2025 nur noch 441 Millionen Euro (10,5 Prozent des Haushalts).⁵⁶ Sanktionen durch die Westafrikanische Zentralbank (BCEAO), die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) und die ECOWAS behinderten massiv den Zahlungsverkehr, Warenimporte sowie den Devisenzugang.⁵⁷

Pragmatische Beziehungen zu ökonomisch wichtigen Nachbarn könnten die Not der Regime lindern, zum Beispiel zu den nach dem Austritt der AES-Staaten aus der ECOWAS in der Organisation verbliebenen Staaten oder zu Algerien. Dem steht indes der innenpolitisch motivierte Konfrontationskurs der nigrischen und der malischen Außenpolitik im Weg. Ein Beispiel ist die anhaltende Grenzschießung Nigers zum Nachbarland Benin, dessen Hafen bislang bedeutendster Transitpunkt für Importe war. Die Handelsunterbrechungen haben Lebenshaltungskosten und Inflation gesteigert – Letztere 2024 auf 9,1 Prozent – und damit die Ernährungsunsicherheit verschärft.⁵⁸

Politisch relevant wird die schwierige Wirtschaftslage vor allem dort, wo sie die Bevölkerung unmittelbar trifft. Das wissen auch die Rebellengruppen in beiden Ländern, die durch gezielte Anschläge auf Infrastruktur und Versorgungsrouten den Zugang zu Waren und Gütern weiter einschränken, wie seit

49 World Bank Data, »Poverty Headcount Ratio at National Poverty Lines (% of population)«, <<https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=ML-NE>>.

50 World Bank Data, »Consumer Prices, Food Indices«, <https://data360.worldbank.org/en/indicator/FAO_CP_23013?view=trend&minYear=2016&maxYear=2025-DEC&country=MLI>.

51 FES, *Mali-Mètre 2025* [wie Fn. 28], S. 20.

52 Afrobarometer, »Round 9 (2021/2023)«, <<https://www.afrobarometer.org/online-data-analysis/>>.

53 In Francs CFA (FCFA): 413,4 Mrd. (2020) vs. 863 Mrd. (2025); Berechnungen auf Basis von République du Mali, Ministère de l'Économie et des Finances, »Projet de loi de finances 2025«, September 2024, <https://finances.ml/sites/default/files/2024-10/PLF%202025_CNT_v_20-09-2024.pdf>.

54 *Mali Systematic Country Diagnostic*, Washington, D.C.: The World Bank, 2022, S. 27.

55 République du Niger, Ministère de l'Économie et des Finances, »Examen et adoption par le Conseil des Ministres du projet de loi portant deuxième rectification de la loi n°2019-76 du 31 décembre 2019, portant loi de finances pour l'année budgétaire 2020«, <<https://finances.gouv.ne/index.php/multimedia/documents-a-telecharger/file/752-budget-citoyen-2020-le-budget-est-l-affaire-de-tout-citoyen>>, und »Rapport provisoire d'exécution du budget général de l'État à fin décembre 2020«, <<https://bit.ly/4qtxyFY>>.

56 Dass., »Première rectification de la loi de finances pour l'année budgétaire 2025: Le budget général de l'État équilibré, en recettes et en dépenses, à 2749,55 milliards, soit une baisse de 283,77 milliards de FCFA«, <<https://bit.ly/45YDn6V>>, und »Rapport provisoire d'exécution du budget de l'État à fin septembre 2025«, <<https://finances.gouv.ne/index.php/rapport-d-execution/file/1295-rapport-provisoire-d-execution-du-budget-septembre-2025>>.

57 Olivier Vallée, »Le Niger piégé par la finance«, in: *Afrique XXI*, 1.10.2025, <<https://afriquexxi.info/Le-Niger-piege-par-la-finance>>.

58 *Niger Economic Update. Strengthening the Agri-Food System*, Washington, D.C.: The World Bank, April 2025, S. 13, 26. <<https://documents1.worldbank.org/curated/en/099061125094521580/pdf/P507242-544e3271-96ea-4c10-a14e-c656cfe31228.pdf>>.

September 2025 in Mali besonders deutlich wird. Die Folgen sind unter anderem eine Verschärfung der Energiekrise, die sowohl Haushalte als auch den Privatsektor getroffen hat, inklusive der Schließung von Unternehmen und des Verlustes von Arbeitsplätzen.⁵⁹

Mit Ausnahme von punktuellen Zuwendungen unter anderem durch Katar⁶⁰ ist es Mali und Niger kaum gelungen, alternative externe Geldquellen zu westlichen Gebern aufzutun. Daher sind vor allem nationale Eigenanstrengungen nötig, um die wachsenden Staatsausgaben zu finanzieren, insbesondere den steigenden Sicherheits- und Verteidigungshaushalt. Im Wesentlichen greifen die Regierungen auf drei Optionen zurück: nationalistische Politik im Bergbau-sektor, Kreditaufnahmen auf den westafrikanischen Kapitalmärkten sowie die Einführung neuer Steuern.

Die wichtigste Quelle neuer Einnahmen ist der Bergbausektor. In Mali haben die Ende 2024 erfolgte Inbetriebnahme neuer Lithium-Minen, hohe Weltmarktpreise für Gold (ca. 80 Prozent der Exporterlöse) und ein reformiertes Bergbaugesetz von 2023 für neue Einkünfte gesorgt.⁶¹ In Niger hat 2024 der Export von Rohöl begonnen, der – neben außergewöhnlichen landwirtschaftlichen Erträgen – im selben Jahr zu einem geschätzten BIP-Wachstum von 10,3 Prozent geführt hat.⁶²

Zusätzlich gehen die Regierungen unter dem Vorzeichen des »Ressourcennationalismus« mit rabi-

Maßnahmen gegen ausländische Bergbaukonzerne vor, etwa mit Beschlagnahmungen, dem Entzug von Lizenzen, mit Verhaftungen und Ausweisungen von Unternehmensvertretern.⁶³ In Niger befindet sich die Regierung im Streit mit der China National Petroleum Corporation (CNPC) über die Anstellung und Entlohnung nigrischer Arbeitskräfte.⁶⁴ Beim Uranbergbau entzog Niamey 2024 dem französischen Unternehmen Orano die Abbaugenehmigung, ein Jahr später wurde die Orano-Tochtergesellschaft Somaïr verstaatlicht.⁶⁵

Indes besteht die Gefahr, dass sich der Konfrontationskurs unter dem Banner einer neu gewonnenen ökonomischen Souveränität mittelfristig nicht auszahlt. Ressourcennationalistische Maßnahmen füllen zwar kurzfristig die Kassen, können aber ebenso Kapitalflucht beschleunigen und Unternehmen und Investoren abschrecken, auch außerhalb des Bergbausektors. Eine anders gelagerte Frage ist, inwiefern die Eliten der Militärregierungen sich selbst bereichern. In Niger sollen Streitigkeiten um die Kontrolle des Erdölsektors Auslöser des Militärputsches gewesen sein.⁶⁶ In beiden Ländern bleibt unklar, in welche Taschen die Erlöse aus der unerlaubten Ausfuhr von nicht-industriell geschürftem Gold in die Vereinigten Arabischen Emirate fließen. Schätzungen zufolge könnten diese Erträge, die am Staatshaushalt vorbeigehen, in Mali doppelt so hoch sein wie der Wert der offiziell deklarierten Goldexporte.⁶⁷

59 Sophie Eyegue, »Au Mali, les coupures de courant exaspèrent la population«, in: *Le Monde*, 16.1.2024.

60 Qatar Fund for Development, »Qatar Fund for Development Signs a \$50 Million Loan and Grant Agreement with the Ministry of Economy and Finance in the Republic of Mali«, 27.2.2025, <<https://www.qatarfund.org.qa/project/qatar-fund-for-development-signs-a-50-million-loan-and-grant-agreement-with-the-ministry-of-economy-and-finance-in-the-republic-of-mali/>>.

61 Tiemoko Diallo, »Mali Recovers \$1.2 Billion in Arrears from Miners, Eyes Annual Windfall under New Code«, *Reuters*, 2.12.2025.

62 The World Bank, »Niger's Economy Rebounds in 2024 Thanks to Large-Scale Oil Exports and a Good Agricultural Season«, Pressemitteilung, 12.6.2025, <<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/06/12/niger-economy-rebounds-in-2024-thanks-to-large-scale-oil-exports-and-a-good-agricultural-season>>; Internationaler Währungsfonds (IMF), *Niger: Seventh Review under the Extended Credit Facility Arrangement, Requests for a Waiver of Nonobservance of Performance Criterion, Extension and Rephasing of the Arrangement, and Third Review under the Resilience and Sustainability Facility Arrangement-Press Release*, Washington, D.C., 2025 (IMF Staff Country Report 25/200), S. 200, doi: 10.5089/9798229018029.002.

63 Divya Rajagopal u. a., »Exclusive: Barrick Gold Signs Agreement with Mali to End Mining Dispute«, *Reuters*, 19.2.2025; Guillaume Bagayoko, »Mali. L'État rompt avec l'ordre libéral dans les mines industrielles«, in: *Afrique XXI*, 3.2.2025.

64 Chen Aizhu, »Exclusive: CNPC Keeps Oil Flowing in Niger as Negotiations Seek to Tackle Disputes, Sources Say«, *Reuters*, 17.10.2025.

65 Auch die kanadische GoviEx Uranium Inc. verlor die Lizenz für das Uranprojekt Madaouela, nachdem sie Forderungen der Regierung für den Abbaubeginn nicht erfüllt hatte; Blair McBride, »Govix Uranium, Niger Pause Madaouela Dispute«, *Mining.com*, 11.9.2025, <<https://www.mining.com/goviex-uranium-niger-pause-madaouela-dispute>>.

66 Tschörner, *From Anchor of Stability* [wie Fn. 3].

67 Bruce Whitehouse, »Illicit Flows to the UAE [United Arab Emirates] Take the Shine off African Gold«, *Ardmore: Middle East Research and Information Project (MERIP)*, 18.1.2023, <<https://www.merip.org/2023/01/illicit-flows-to-the-uae-take-the-shine-off-african-gold/>>; »Le Niger ouvre une enquête sur la saisie de plus d'une tonne d'or en Ethiopie«, *VOA Afrique*, 25.1.2024.

Ein zweites Instrument zur Deckung von Finanzbedarfen ist die vermehrte Aufnahme von Krediten auf den Kapitalmärkten der UEMOA. Dies hat in Mali zu einem raschen Anstieg der Verschuldung beigetragen: von 41 Prozent des BIP (2019) auf 53 Prozent (Ende 2024).⁶⁸ Zeitgleich ist der inländische Anteil an der Verschuldung in die Höhe geschossen, das heißt auf 57 Prozent.⁶⁹ Erklärt werden kann dies zum einen dadurch, dass die Regierung seit 2021 beträchtliche Schulden bei lokalen Unternehmen angehäuft hat, nämlich 553 Millionen Euro. Zum anderen wurde ein erheblicher Teil der UEMOA-Kredite von malischen Banken übernommen, die mit dem Staat verflochten sind. Ein Nebeneffekt dessen ist, dass die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für den Privatsektor abnimmt.⁷⁰ Für den Staat bedeuten die Anleihen, dass die Quote des inländischen Schuldendienstes im Verhältnis zu den Einnahmen in den kommenden Jahren stark ansteigen wird, da die relativ kurzfristigen Anleihen hohe Zinskosten mit sich bringen (>8 Prozent).⁷¹ Die Tragfähigkeit dieses Finanzierungsmodells ist fraglich, zumal die Nachfrage nach malischen Staatsanleihen zuletzt gesunken ist.⁷² Gleichzeitig bleibt diese Finanzquelle so wichtig, dass ein Rückzug der AES-Staaten aus der Franc-CFA-Zone unwahrscheinlich bleibt.

Akuten Liquiditätsproblemen versuchen die Regierungen in Bamako und Niamey darüber hinaus zu begegnen, indem sie zusätzliche Abgaben und Steuern erheben. Bereits im Oktober 2023 hat die nigrische Regierung den sogenannten Solidaritätsfonds für die Rettung des Vaterlandes (Fonds de Solidarité pour la Sauvegarde de la Patrie, FSSP) ins Leben gerufen.⁷³ Mit ihm werden einerseits freiwillige Beiträge von Individuen, Organisationen oder Unternehmen erhoben, andererseits Abgaben auf den Verkauf bestimmter Produkte, zum Beispiel in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Transport.

Die Regierung in Mali hat ihrerseits im März 2025 Steuern auf mobile Geldtransfers und Handyguthaben

eingeführt. Wie in Niger treffen die Steuern die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung besonders hart und haben daher – oft hinter vorgehaltener Hand – scharfe Polemik hervorgerufen. Kritisiert wird unter anderem, dass zwar die Bürger:innen zur Kasse gebeten werden, aber gleichzeitig die Budgets staatlicher Institutionen steigen, wie etwa in Mali diejenigen von Präsidentsamt und Übergangsparlament.⁷⁴ Bürger:innen bemängeln zudem einen intransparenten Umgang mit den gesammelten Einnahmen. Die Sondersteuern fließen nicht in die Staatskasse, sondern unterstehen dem Präsidentsamt.

Ob die Wirtschaftspolitik der Juntas die schlechte finanzielle und wirtschaftliche Lage verbessern kann, ist fraglich.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Mali und Niger stetig verschlechtert. Hinter der Tragfähigkeit des wirtschaftspolitischen Kurses der Juntas stehen Fragezeichen. Die Kosten für Sicherheit und Militär werden angesichts der immer desolateren Sicherheitslage ansteigen. Sie beinhalten Verträge mit externen Partnern wie dem Africa Corps, die den malischen Staat beispielsweise kolportierte 120 Millionen US-Dollar pro Jahr kosten, sowie die wachsenden Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung.⁷⁵ In Mali sind diese seit 2020 um 38 Prozent gestiegen und machen nunmehr ein Viertel des Staatshaushalts (2025) aus.⁷⁶

Neben der zunehmend prekären Sicherheitslage ist die Wirtschaft damit zweifellos die Achillesferse beider Regime. Sie haben es nicht vermocht, die Folgen einer Krise zu lindern, die für nahezu alle Teile der Bevölkerung immer spürbarer wird, auch in den Hauptstädten. Daraus – und aus politisch heiklen Maßnahmen wie der Besteuerung von alltäglichen Gütern – speist sich eine Unzufriedenheit, die an der Popularität der Militärmachthaber kontinuierlich nagt.

⁶⁸ IMF, Mali: *Request for Disbursement under the Rapid Credit Facility and Request for a Staff-Monitored Program-Press Release*, Washington, D.C., 2025 (IMF Staff Country Report 25/106), S. 14, doi: 10.5089/9798229009492.002.

⁶⁹ Ebd., S. 6.

⁷⁰ Ebd., S. 4.

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd., S. 6.

⁷³ République du Niger, »Le Fonds de Solidarité pour la Sauvegarde de la Patrie«, 24.2.2025, <<https://www.fssp.ne/about>>.

⁷⁴ Interviews des Autors, Bamako, April 2025.

⁷⁵ US State Department, »Potential Deployment of the Wagner Group in Mali«, Pressemitteilung, Washington, D.C., 15.12.2021.

⁷⁶ Berechnungen auf Basis des Ministère de l'Économie et des Finances, »Projet de loi de finances 2025« [wie Fn. 53].

Die Außenpolitik der AES-Staaten

Ein wesentliches Merkmal der Umwälzungen im Sahel ist die enge Verschränkung von innen- und außenpolitischen Handlungslogiken. Der Bruch mit vielen europäischen und westafrikanischen Partnern sowie die Gründung der Allianz der Sahel-Staaten hat die innenpolitische Machtbasis der Militärregime erweitert. Die gewonnene Popularität wiederum stärkte ihre Verhandlungsmacht gegenüber externen Akteuren. Zu diesen zählen die EU- und die ECOWAS-Staaten sowie die USA, aber ebenfalls neue Verbündete, mit deren Unterstützung die Regime ihren Bruch mit traditionellen Partnern kompensieren wollen.

Ein wichtiger Baustein des außenpolitischen Dispositivs ist die AES, die im Anschluss an den Putsch in Niger (2023) gegründet wurde. Zunächst als konföderatives Sicherheits- und Verteidigungsbündnis konzipiert, wurde die AES in der Folge auf weitere Politikfelder ausgeweitet. Auch in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Infrastruktur, Justiz und Medien streben die drei Bündnispartner gegenseitige Unterstützung und eine gemeinsame politische Linie an. Seit dem gemeinsamen Austritt aus der ECOWAS Anfang 2025 versuchen die AES-Staaten, das neue Bündnis als regionalen Gegenpol zur ECOWAS zu etablieren.

Die Bedeutung der AES liegt allerdings in erster Linie in ihrer politischen Kommunikationsfunktion. Mit ihr wollen die Juntas nach innen wie außen gegenseitige Solidarität, abgestimmtes Handeln und emanzipatorische Ideale – insbesondere gegen externe Bedrohungen – signalisieren. Die von der ECOWAS angedrohte Militärintervention in Niger stärkte im Sahel das Narrativ, die Organisation sei vor allem ein neokolonialer Handlanger Frankreichs und Europas. Auch die immer wieder als »illegal, illegitim, unmenschlich und unverantwortlich« bezeichneten Sanktionen wurden in diesem Sinne angeprangert.⁷⁷ Den Austritt aus der ECOWAS und die Gründung der AES beschrieben Junta-Vertreter und ihre Anhänger:innen gerne als Akt der Dekolonialisierung. Tatsächlich befreiten sich die neuen Machthaber zuvorderst von einem ihrer uneingeschränkten Machtausübung hinderlichen, normativen Korsett. Ähnlich wie beim Bruch mit Europa akklamierten weite Teile der Bevölkerung diesen Schritt.⁷⁸

⁷⁷ »Le Burkina, le Mali et le Niger quittent officiellement la Cédéao«, *VOA Afrique*, 29.1.2025.

⁷⁸ Ousmane Z. Traoré, *Les Maliens approuvent la sortie de leur pays de la CEDEAO et misent sur l'AES pour la sécurité*, Afrobaro-

Die nach innen und außen gerichtete, abgestimmte Kommunikation der AES nimmt breiten Raum ein. Ein Beispiel dafür sind gemeinsame Auslandsreisen von Ministern, nicht zuletzt nach Moskau. Auch die Veröffentlichung gemeinsamer Deklarationen gehört dazu, etwa um wechselseitigen Beistand zu bekunden, wie anlässlich des Konflikts zwischen Mali und Algerien im April 2025.⁷⁹

Zu einem gewissen Grad hat der routinisierte Schulterchluss die Verhandlungsmacht der Militärregime gestärkt. Nachdem die ECOWAS vergeblich um die Rückkehr der AES-Länder geworben hat, setzen die Regionalorganisation und ihre Mitgliedstaaten nun auf eine Politik, die die Normalisierung der Beziehungen anstrebt.⁸⁰ Der Kurswechsel der ECOWAS-Regierungen hatte mehrere Gründe: erstens die eigene innenpolitische Anfälligkeit für populäre Souveränitätsdiskurse und die damit einhergehende Destabilisierungsgefahr; zweitens die Sorge, dass angesichts grenzüberschreitender Konfliktlagen die Zusammenarbeit mit den AES-Nachbarn völlig zum Erliegen kommen könnte; drittens die Furcht vor einem weiteren Auseinanderbrechen der Region.⁸¹ Letzteres hat sich bisher nicht bewahrheitet. Die Bemühungen der AES-Staaten, weitere Länder zum Austritt aus der ECOWAS bzw. dem Beitritt zur AES zu bewegen, blieben bislang erfolglos. Die als mögliche Kandidaten gehandelten Regierungen Guineas, Tschads und Togos verfolgen in der Außenpolitik einen nach allen Seiten offenen, nutzenmaximierenden Kurs. Ein Putschversuch in Benin im Dezember 2025 ist gescheitert, nicht zuletzt durch ein entschiedenes militärisches Eingreifen der ECOWAS.⁸²

Die AES-Regierungen indes setzen weiterhin auf ihren außenpolitischen Konfrontationskurs, vor allem gegenüber den Nachbarländern Benin und Côte d'Ivoire. Das bedeutet für die AES-Staaten zwar erhebliche Nachteile wie Grenzschießungen, Kostensteigerungen bei Importen sowie erhöhte sicherheitspoli-

meter, Juli 2025 (*Dépêche*, Nr. 1011).

⁷⁹ »Russie – AES: Les chefs de la diplomatie du Mali, du Niger et du Burkina Faso attendus à Moscou le 3 avril«, in: *Jeune Afrique*, 1.4.2025; »Les États membres de l'AES rappellent leurs ambassadeurs en Algérie«, *RFI*, 7.4.2025.

⁸⁰ »Crise Cédéao – AES: Le Sénégal choisit le pragmatisme«, *African Press Agency (APA) News*, 20.5.2025.

⁸¹ Yvan Guichaoua u. a., *Prospects for Dialogue in the Central Sahel*, Folke Bernadotte Academy (FBA) Research Report, Stockholm 2025, S. 23.

⁸² Nnamdi Obasi, »A Foiled Coup in Benin, and a Win for ECOWAS and Nigeria«, *International Crisis Group*, 12.12.2025.

tische Risiken. Doch diese Erwägungen rücken offenkundig in den Hintergrund, blickt man auf die Angst der AES-Regime vor Destabilisierungsversuchen, die angeblich in den Nachbarländern geplant würden.⁸³ Auch der Versuch, dem populistischen Diskurs über externe Feinde, dessen Wirkkraft erlahmt, neue Nahrung zu geben, verhindert einen gemäßigten Kurs. Ob die Annäherung an Marokko und Togo die Kosten der Konfrontation mit den Nachbarländern auffängt, erscheint zumindest kurz- und mittelfristig fraglich.

Die effektive strategische Kommunikation der AES, inklusive symbolischer Akte wie der Bekanntmachung einer gemeinsamen Hymne und Flagge oder der Einführung neuer Pässe für AES-Bürger:innen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Verbund in der Praxis bisher wenig Greifbares zustande gebracht hat. Selbst in dem eigentlich prioritären Feld der Sicherheitspolitik erschöpft sich die AES-Kooperation in punktuellen Beistandsleistungen und rudimentären militärischen Operationen. Die Ankündigung, eine 5.000 Mann starke gemeinsame AES-Truppe aufzubauen, blieb bislang ohne Folgen.

Diskrepanzen zwischen Verlautbarungsebene und politischer Realität zeigen sich ebenfalls in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die drei AES-Mitglieder waren die ärmsten Staaten der ECOWAS. Ihre Kapazitäten und Ressourcen reichen nicht aus, um Ambitionen wie eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen. In Anbetracht der finanziellen und wirtschaftlichen Bedeutung der UEMOA, insbesondere hinsichtlich Krediten und Staatsanleihen, wäre ein Austritt auch aus dieser Organisation ein echter Härtestest. Und der Rückzug aus der Entwicklungs- und Investitionsbank der ECOWAS wurde nicht vollzogen, wenngleich Ende 2025 die Gründung einer AES-Investitionsbank verkündet wurde. Dass die ECOWAS-Staaten ihrerseits den Bürger:innen der AES weiterhin die Freizügigkeit von Personen und Waren einräumen, dürfte in den AES-Hauptstädten mit Erleichterung aufgenommen worden sein.⁸⁴

Die außenpolitischen Schwierigkeiten der AES-Staaten sind über die Regional- und Nachbarschaftspolitik hinaus zu beobachten. Die Versuche, alternative Partnerschaften zu vertiefen bzw. aufzubauen,

die diejenigen mit Europa »ersetzen« sollen, waren nur mäßig erfolgreich.⁸⁵ Nicht-europäische Partner wie beispielsweise China oder die Türkei stehen zwar schon seit Jahren zur Verfügung. Diese Partner haben aber ihr Engagement als Reaktion auf den Rückzug Europas nicht merklich intensiviert. Das hat damit zu tun, dass der Sahel auch für diese Partner ein schwieriges Terrain ist. Politische Instabilität, schwer vorhersehbares Handeln der Regierungen, schwache Institutionen und sicherheitspolitische Risiken setzen auch diesen Akteuren Grenzen.⁸⁶ Die partielle Ausnahme bleibt bislang Russland, das sich als sicherheitspolitischer Partner Malis profiliert hat. Gleichzeitig scheint Russlands militärisches Engagement von den neuen Machthabern in Niger und Burkina Faso weitaus weniger gefragt zu sein. Finanziell und wirtschaftlich hat Russland bisher über Lippenbekenntnisse hinaus keine nennenswerten Angebote gemacht.

Abschließend zusammengefasst: Die drei AES-Staaten haben in ihren Außenbeziehungen einen radikalen Bruch vollzogen, der Souveränitätsbestrebungen auch auf dem Gebiet der Außenpolitik zu verwirklichen sucht. Damit konnten die Juntas vor allem innenpolitisch punkten. Die effektive Kommunikation kann jedoch nicht die Tatsache verdecken, dass die Handlungsspielräume der AES-Staaten beschränkt sind und die permanente außenpolitische Konfrontation gegenüber Nachbarn und westlichen Partnern auf Dauer hohe Kosten verursacht. Bislang allerdings zeigen sich die AES-Regierungen kaum dazu bereit, im Interesse ihrer Länder mehr politischen Pragmatismus walten zu lassen.

83 »Burkina Faso Accuses Côte d'Ivoire of 'Pact' with Terrorists«, *APA News*, 29.9.2025.

84 »CEDEAO: Le libre-échange avec l'AES maintenu jusqu'à nouvel ordre«, in: *Afrimag*, 30.1.2025, <<https://afrimag.net/cedeo-libre-echange-avec-laes-maintenue-jusqua-nouvel>>.

85 Nina Wilén, *Stepping up Engagement in the Sahel: Russia, China, Turkey and the Gulf States*, Brüssel: Egmont Institute, April 2025 (Egmont Policy Brief 375).

86 *Projet Afrique Chine, »Au Mali, les Chinois font les frais du 'jihad' économique«*, 7.9.2025, <<https://projetafriquechine.com/analyse/au-mali-les-chinois-font-les-frais-du-jihad-economique>>; Tschörner/Tull, »No Void in the Sahel« [wie Fn. 5].

Szenarien bis 2030

Angesichts der politischen Volatilität in Mali und Niger sind bis 2030 mindestens vier Szenarien denkbar. Es handelt sich um mögliche Zukunftspfade, die in Anbetracht der beschriebenen politischen und sicherheitspolitischen Trends plausibel erscheinen.

Beibehaltung des Status quo

Die Militärregierungen können ihre interne Kohäsion und damit ihre Macht behaupten. Mali und Niger bleiben politisch im Status quo verhaftet. Die sicherheitspolitische, wirtschaftspolitische und außenpolitische Ausrichtung bleibt weitgehend unverändert. Da die Krisen anhalten, wird der permanente politische Ausnahmezustand aufrechterhalten, der aus Sicht der Regime scharfe Beschränkungen politischer Freiheiten rechtfertigt. Die Militarisierung von Staat und Verwaltung schreitet in Form von Personalbesetzungen und gesetzlichen Befugnissen voran. Die Tentakel des Militärs reichen in alle Bereiche der Verwaltung – und zunehmend auch in die Wirtschaft, um die Zentralisierung der Macht voranzutreiben und zu festigen. Die Sicherheitslage verschlechtert sich weiter, aber mit Unterstützung nicht-westlicher Partner wie Russland oder der Türkei werden zumindest die Hauptstädte und Teile der bislang weniger von Gewalt betroffenen Gebiete unter staatlicher Kontrolle gehalten. Ob dies auch über das Jahr 2030 hinaus gelingen würde, ist offen.

Politische Parteien bleiben verboten bzw. es werden wenige wieder zugelassen, die aber weitgehend unter der Kontrolle der Regime stehen und vor allem ihrer Legitimierung dienen. Denkbar sind in diesem Szenario auch Wahlen und eng kontrollierte »Transitionen«, die an den tatsächlichen Machtverhältnissen indes nichts ändern. Militärische Mitglieder der Regime lassen sich als »zivile Politiker« zu Präsidenten wählen. Gegenüber internationalen Partnern und der ECOWAS würden derartige Schritte eine Normalisierung der Beziehungen erleichtern.

Regimewechsel

Die sich seit 2023 (Mali) bzw. 2025 (Niger) abzeichnenden Popularitätsverluste der Juntas setzen sich fort und beschleunigen sich. Neben der ungelösten wirtschaftlichen Krise sind es die zunehmenden militärischen Fortschritte der aufständischen Jihadisten, die das Narrativ der Militärregime von Umschwung und Neuanfang zersetzen. Die militärischen Erfolge aus der Anfangszeit der Junta in Mali (2020 – 2023) und die Versprechen militärischer Härte in beiden Ländern weichen vielen Rückschlägen mit zahlreichen Todesopfern in den Reihen von Armee und Zivilbevölkerung.

Die Zweifel an den Problemlösungskompetenzen der Juntas münden in eine Legitimationskrise. Wie schon oft in der Vergangenheit Malis und Nigers bildet dies den Kontext, in dem oppositionelle Akteure ihre Chance zum Handeln sehen. Zwei Gruppen sind hier im Blick zu behalten: Erstens Offiziere der Streitkräfte, die einen erneuten Putsch initiieren könnten. Sie könnten Teil der regierenden Juntas sein oder außerhalb des engeren Machtzirkels stehen, sich nunmehr gegen die Führung stellen und einen Politikwechsel versprechen. Zweitens könnten auch politische und zivilgesellschaftliche Oppositionsgruppen an Bedeutung gewinnen, nicht zuletzt aus dem religiösen Spektrum, die bislang von staatlicher Repression geknebelt wurden. Vorstellbar ist überdies, dass soziale Protestbewegungen »von unten« aufkommen, deren Mobilisierungserfolge zum Rücktritt oder Umsturz führen, gegebenenfalls auch mit Unterstützung von Teilen der Diaspora.

In der Szenariovariante eines politisch-zivilen Umsturzes könnte es eine Übergangsphase mit anschließenden Wahlen und damit eine Rückkehr zu formal-demokratischen Bedingungen geben. Bei der Variante eines erneuten Militärputsches wäre dies auch ein mögliches Ergebnis – gleichermaßen plausibel wäre allerdings, dass die neuen Putschisten in die Fußstapfen ihrer Vorgänger treten, indem auch sie auf Dauer ausgerichtete Militärregierungen formen. Sowohl im Fall eines neuerlichen Militärputsches als

auch bei einem politisch-zivilen Umsturz wäre jedoch völlig offen, inwiefern es den neuen Machthabern gelänge, verschiedene politische Kräfte und Gewaltakteure einzubinden bzw. zu kontrollieren. Politische Grabenkämpfe und bewaffnete Aufstände könnten fortbestehen oder zunehmen, wodurch die Handlungsfähigkeit der Regierung stark begrenzt bliebe.

Syrien- bzw. Somalia-Szenarien: Jihadisten auf dem Vormarsch

Die sicherheitspolitischen Dynamiken entwickeln sich ähnlich wie im Szenario »Regimewechsel«, aber deutlich rasanter. Sie überlagern damit alle anderen Probleme. In den beiden Varianten des dritten Szenarios (Syrien bzw. Somalia) gelingt es den jihadistischen Aufstandsbewegungen, weitere militärische Erfolge zu erringen. Die Macht ist für sie zum Greifen nah. Diese Dynamiken sind in Mali gegenwärtig wahrscheinlicher als in Niger.

In der Syrien-ähnlichen Variante hat sich die von JNIM angekündigte und im Frühjahr 2025 begonnene Kaskade von Erfolgen in Mali, unterstützt durch die separatistische Gruppe Front de Libération de l'Azawad (FLA), unvermindert fortgesetzt.⁸⁷ Die mali-schen Streitkräfte sind demoralisiert. Dies wiederum unterminiert rapide das Vertrauen der Bevölkerung in die Militärregierung. Die Jihadisten vermehren Angriffe auf Städte in Mali und auch in Niger, die sie in der Folge dauerhaft besetzen und kontrollieren.⁸⁸ Die Schlinge um die Hauptstädte Bamako und Niamey zieht sich immer weiter zu. Im Gegensatz zum Jahr 2013, als die französische Armee in Mali intervenierte, können die aktuellen Militärregime in Mali und Niger nicht auf Hilfe von außen setzen, auch nicht aus Russland. Wie 2024 in Syrien übernimmt mit JNIM nun in Mali eine jihadistische Bewegung die Macht. Allerdings gäbe es möglicherweise einen signifikanten Unterschied zu Syrien: JNIM und ihre Ableger sind ebenfalls in erheblichem Maß in Niger aktiv, ebenso in Burkina Faso. Dass sie ihre Herrschaftsansprüche auf das malische Territorium beschränken,

erscheint damit zweifelhaft. Plausibler wäre der Versuch, Teile Nigers und Burkina Fasos in den von Mali aus regierten Protostaat zu integrieren. Offen ist, wie rigide bzw. pragmatisch jihadistische Regierungspolitik sein würde. Fraglich ist des Weiteren die Fähigkeit der neuen Machthaber, Stabilität und Einheit auch gegen gesellschaftliche und politische Widerstände durchzusetzen, insbesondere auch gegenüber anderen bewaffneten Gruppen, allen voran ihrem Konkurrenten ISSP.

In einem abgestuften Szenario erobern die Jihadisten zwar nicht die Hauptstädte, üben aber – ähnlich wie in Somalia – territoriale Kontrolle über den Großteil beider Länder aus. Malis und Nigers Staatschefs werden faktisch zu Bürgermeistern von Bamako und Niamey degradiert. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Armeen und den Aufständischen bestehen indes fort.

Hybride Governance-Arrangements

Wie in den Szenarien »Regimewechsel« und »Syrien bzw. Somalia« stehen die Militärregime in Mali und Niger militärisch und ökonomisch immer stärker unter Druck. Um ihre Macht zumindest in Teilen zu erhalten, nehmen sie nach langem Zögern Verhandlungen mit den Aufständischen und eventuell auch mit politischen Oppositionellen auf. Das Resultat sind Waffenruhen sowie länderspezifisch unterschiedlich ausgestaltete, hybride Governance-Arrangements. JNIM und andere bewaffnete Gruppen übernehmen dabei Regierungsverantwortung, ohne dass die Juntas gänzlich von der politischen Bühne verdrängt sind. Denkbar ist, dass Ministerposten an Anführer der Aufständischen vergeben werden oder jihadistische Territorialkontrolle dezentral formalisiert wird.⁸⁹ Unter dem Schlagwort der nationalen Einigung und Versöhnung werden politische Forderungen der Jihadisten und anderer Aufständischer umgesetzt, wie beispielsweise die Einführung der Sharia, die Aufkündigung internationaler Sicherheitspartnerschaften sowie regionale Autonomie in umkämpften Gebieten. Die Machtteilung läuft darauf hinaus, dass eine illibere Ordnung gefestigt wird, in der Menschen- und Freiheitsrechte wenig Platz finden und oppositionelle

⁸⁷ »Au Sahel, le regain des violences djihadistes inquiète: «On ne peut pas écarter un scénario à la somalienne», in: *Le Monde*, 6.6.2025.

⁸⁸ Djiby Sow/Hassane Koné, »Why a Jihadist Takeover of a Sahelian Capital is Unlikely«, Institute for Security Studies (ISS), 17.6.2025, <<https://issafrica.org/iss-today/why-a-jihadist-takeover-of-a-sahelian-capital-is-unlikely>>.

⁸⁹ Lisa Tschörner, *Dialog mit Dschihadisten in Niger: Potentiale und Grenzen eines gescheiterten Versuchs*, Berlin: Megatrends Afrika, September 2024 (Kurzanalyse 8), doi: 10.18449/2024 MTA-KA08.

Kräfte kooptiert oder unterdrückt werden. Die ohnehin geringe Beteiligung von Frauen und Mädchen an Bildung, Arbeitsmarkt und politischer Teilhabe würde weiter reduziert.⁹⁰

Für jedes der vier Szenarien kann es Varianten geben, die sich hinsichtlich des Verlaufs und der Ergebnisse deutlich voneinander unterscheiden. Aussagen über die Wahrscheinlichkeit der einzelnen Szenarien sind daher nicht möglich.

90 Corinne Dufka/Nicola Milnes/Rida Lyammouri, *Peuhl Women's Lives under JNIM in the Central Sahel*, London: XCEPT, Dezember 2025.

Politische Implikationen und Handlungsoptionen

Aus europäischer Sicht geben die Entwicklungen in Mali und Niger keinen Anlass zu Optimismus. Gleiches gilt für mögliche Zukunftspfade, die sich aus den Entwicklungen ableiten lassen. Alle Szenarien weisen in dieselbe Richtung: anhaltende politische Instabilität, sich verschärfende Sicherheitskrisen, zum Mindesten aber Konsolidierung autokratischer Macht. Als Finalität jedes Szenarios sind im Übrigen auch der Zusammenbruch einzelner Sahel-Staaten und ein fortgesetzter Bürgerkrieg denkbar. Beispielsweise kann das Szenario »hybride Governance-Arrangements« einen Schritt in Richtung Konfliktregelung und Stabilisierung darstellen – solche Arrangements können aber ebenso gut zusammenbrechen und umso mehr Gewalt nach sich ziehen.

Insgesamt hat Europa indes keine Hebel, um einzelne Szenarien herbeizuführen bzw. zu verhindern. Auch seine Einflussmöglichkeiten auf die aktuelle Lage sind überaus begrenzt. Das muss allerdings nicht so bleiben. Gerade weil die politische Situation in der Region hochgradig volatil ist, sollten Handlungsspielräume kontinuierlich eruiert und dort genutzt werden, wo Ergebnisse erzielt werden können – auch wenn diese momentan lediglich im Bereich von Schadensbegrenzung liegen. Für einen erfolgversprechenden Kurs bedarf es zunächst einer realistischen Einschätzung, ob bzw. inwiefern verschiedene europäische Zielvorstellungen umsetzbar sind.

Auch wenn **(1) strategischer Wettbewerb** ein berechtigtes Motiv für europäisches Engagement im Sahel sein mag, insbesondere vor dem Hintergrund der problematischen Rolle Russlands, ergeben sich daraus aber keine wirksamen Handlungsoptionen. Zwar ist davon auszugehen, dass ein europäischer Verzicht auf Versuche politischer Mitgestaltung dazu führen wird, dass andere Drittstaaten die Entwicklungen in stärkerem Maße prägen werden. Gleichzeitig verdeutlicht die Analyse der Außenpolitik der AES-Staaten, dass der Einfluss externer Akteure auf die Politik im Sahel in der europäischen Debatte oft überschätzt

wird. Die dortigen politisch-militärischen Eliten sind keine fremdgesteuerten Figuren auf dem Schachbrett internationaler Interessenpolitik. Sie folgen ihren eigenen Kalkülen und verfügen trotz der verfahrenen Lage über außenpolitische Handlungsfähigkeit. Dies zeigt sich gerade im variablen Umgang mit Russland – Moskaus Fußabdruck im Sahel ist weder einheitlich noch umfassend.

Das heißt auch, dass das Pochen der Putschregierungen auf nationale Souveränität und die freie Wahl internationaler Partner keine leere Rhetorik, sondern auf politisch-gesellschaftlicher Ebene mittlerweile fest verankert ist. Etwaige Nachfolgeregierungen der Juntas werden mit Sicherheit daran festhalten, denn einerseits bedeutet die zunehmend multipolare Weltordnung für afrikanische Staaten vor allem wachsende Gestaltungsspielräume.⁹¹ Und andererseits hat keine Regierung der Region ein Interesse daran, sich in allzu starke einseitige Abhängigkeiten zu begeben. Europa hat folglich keine andere Wahl als zu akzeptieren, dass es keine exklusiven Partnerschaften mehr einfördern kann – sofern sie je bestanden.

Ein Fokus auf strategischen Wettbewerb würde zudem die Glaubwürdigkeit des europäischen Auftretens im Sahel – und damit die Chancen auf Erfolg – verringern. Eine Grundvoraussetzung für ein zukünftiges Engagement in der Region ist nämlich, dass staatliche und gesellschaftliche Akteure im Sahel einen Mehrwert in der Kooperation mit Europa sehen.

Die europäische Sahel-Politik unter die Prämisse des geopolitischen Wettstreits zu stellen, würde für Europa demnach die Gefahr bergen, sich als Verlierer wiederzufinden. Auch wenn es nicht realistisch ist, »Geopolitik« aus den Kalkülen europäischer Entscheidungsträger:innen zu verdrängen, sollte sie kein prioritäres Handlungsmotiv sein, da sich daraus keine erfolgversprechenden Ansätze entwickeln lassen.

91 Hackenesch u. a. (Hg.), *Leverage and Limits* [wie Fn. 5].

Auch aus dem europäischen Ziel einer **(2) Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung** in den Ländern des Sahel können derzeit keine überzeugenden Maßnahmen abgeleitet werden. Zwar gibt es nicht nur aus normativer, sondern auch aus sicherheits- und entwicklungspolitischer Perspektive gute Gründe, die Juntas als zentrales Problem anzusehen. Allerdings ändert dies nichts daran, dass sie die De-facto-Autoritäten ihrer Länder sind. Versuche, auf einen Regimewechsel hinzuwirken, wären denkbar, aber nicht empfehlenswert. Zwar ist die Macht der Juntas fragil und von schwindendem gesellschaftlichem Rückhalt geprägt und ihre repressive Politik hat zahlreiche malische und nigrische Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft ins Exil oder in die Opposition gedrängt. Vor diesem Hintergrund könnte Europa versucht sein, Oppositionsgruppen im In- und Ausland direkt oder indirekt zu unterstützen.

Ein solches Vorgehen wäre jedoch mit großen Gefahren und negativen Konsequenzen verbunden. Die dezidierte politische Unterstützung von Oppositionellen würde zum einen Politiker:innen und Zivilgesellschaftler:innen in Mali und Niger erheblichen Repressionsrisiken aussetzen. Dies würde eine weitere Fragmentierung, Delegitimierung und Kriminalisierung oppositioneller Kräfte begünstigen und ihre politische Agenda schwächen, anstatt sie zu stärken. Zum anderen bliebe ungewiss, ob ein eventueller Regierungswechsel kooperativere und effektivere Akteure an die Macht bringen würde. Vor allem aber wäre ein Hinwirken auf einen Regierungswechsel politisch und normativ nicht vertretbar für eine EU, die in ihren Grundsätzen vorsieht, die regelbasierte Ordnung zu verteidigen. Vorbehalte im Sahel, in Afrika und dem Globalen Süden über das reale oder wahrgenommene (neo)koloniale Verhalten Europas würden massiv bestärkt. Irreparable Schäden für die Reputation Europas wären die Folge und damit einhergehend wesentlich verringerte Chancen auf künftige Kooperationsmöglichkeiten.

Damit bleiben aus europäischer Sicht die Handlungsmotive, sich für die **(3) Minderung der sicherheitspolitischen, international wirkenden Risiken** und für **(4) wirtschaftliche Entwicklung und verbesserte Lebensbedingungen** einzusetzen. Mit Blick auf die negativen Entwicklungen in Mali und Niger und ihre Auswirkungen auf die Region Westafrika erscheint es plausibel, sich in diesen Bereichen zu engagieren, wenngleich damit eine Reihe weiterer Probleme verbunden wäre.

Sollten die EU-Mitgliedstaaten zu der Schlussfolgerung kommen, dass die gegenwärtigen Trends im Sahel europäische Sicherheitsinteressen konkret berühren, bestünde hoher Handlungsbedarf. Darauf zu warten, dass sich die politische Großwetterlage so weit verändert, dass robustes europäisches Engagement in Mali und Niger wieder politisch unbedenklich und vielversprechend würde, wäre aus dieser Perspektive leichtfertige Politikverweigerung. Um eine weitere Verschlechterung der sicherheitspolitischen Situation im Sahel und der Region Westafrika oder eine Machtübernahme durch Jihadisten unter allen Umständen zu vermeiden, müsste Europa dazu übergehen, den derzeitigen Militärregimen umfangliche Unterstützung zur Stabilisierung ihrer Länder anzubieten. Ohne eine direkte Zusammenarbeit mit Regierungen – das hat sich in der Vergangenheit deutlich gezeigt – haben internationale Stabilisierungsbemühungen keine Aussicht auf Erfolg. Dem Ziel der Stabilisierung müssten alle anderen Erwägungen und Bedenken untergeordnet werden.

Dieser Ansatz setzt allerdings eine signifikante Risikobereitschaft voraus. Europa müsste auf Kooperationsbedingungen (Konditionalitäten) weitgehend verzichten, in der Hoffnung, dass Worst-Case-Szenarien wie ein vollständiger Staatskollaps nicht eintreten. Ein solcher Ansatz könnte beinhalten, die militärische und sicherheitspolitische Kooperation wieder aufzunehmen bzw. auszubauen, um die Regierungen Malis und Nigers bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen. Auch die Bereitstellung geheimdienstlicher Informationen, die Lieferung von Rüstungsgütern sowie Investitionen in die Ausbildung von Sicherheitskräften könnten dazugehören. Diese Maßnahmen ließen sich zum Beispiel über nationale Ertüchtigungslinien oder im EU-Rahmen durch die Europäische Friedensfazilität (EPF) finanzieren. Zum Aufbau und zur Stärkung staatlicher Institutionen und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wiederum könnten substantielle finanzielle und entwicklungspolitische Maßnahmen beitragen. Diese sollten sich aber auf die relativ stabilen Regionen beschränken, da EZ in umkämpften Regionen wenig ausrichten kann.⁹²

Umfangreiche Stabilisierungsbemühungen enthalten indes zahlreiche Unwägbarkeiten und Gefahren sowie eine Kehrseite. Grundvoraussetzung eines solchen Ansatzes wäre zunächst, dass die Juntas von

⁹² Christoph Zürcher, »The Folly of ›Aid for Stabilisation‹«, in: *Third World Quarterly*, 40 (2019) 5, S. 839 – 854.

ihrer tendenziell feindseligen Haltung gegenüber Europa abrücken. Dafür wäre ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen und ein gemeinsames Verständnis der politischen und sicherheitspolitischen Lage notwendig. Beides besteht angesichts der zerrütteten Beziehung zwischen den Juntas und Europa derzeit nicht.

Europa sollte nicht darauf hoffen, Verhaltensänderungen der Juntas erwirken zu können.

Darauf, dass europäische Unterstützung zu Verhaltensänderungen der Juntas führen würde, beispielsweise was Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien angeht, sollte man nicht hoffen – insbesondere im Bereich der Aufstandsbekämpfung. Hinzu kommt, dass sicherheits- und entwicklungspolitische Maßnahmen faktisch zu einer Konsolidierung autoritärer Herrschaft im Sahel beitragen würden, selbst wenn sich die derzeitigen Machthaber für eine verhandelte Konfliktlösung mit den Jihadisten entscheiden würden. Warum europäische Stabilisierungsbemühungen bei diesen schwierigen Ausgangsbedingungen heute erfolgreicher sein sollten als in den Jahren 2013 bis 2023, ist alles andere als offensichtlich – umso mehr, als eine kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern vergangener Maßnahmen im Sahel bislang ausgeblieben ist.⁹³ Diese Lehren zu ziehen, wäre aber unabdingbar, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und stattdessen künftige Politik angemessener und effektiver zu gestalten.

Eine nüchterne Einschätzung der Lage kann daher zu dem Schluss kommen, dass für ein stärkeres europäisches Engagement unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Anknüpfungspunkte bestehen. Ein Engagement im Sinne europäischer Werte und Interessen würde demnach voraussetzen, dass es vorab zu politischen Veränderungen im Sahel selbst kommt. Dies wäre gleichbedeutend mit einem politischen Kurswechsel der Juntas und einer Liberalisierung nach innen (politische Opposition) und einer Öffnung nach außen (gegenüber Europa) oder aber einem Regimewechsel, in dessen Folge diese Öffnung eintreten könnte.

Die positive Seite einer vor diesem Hintergrund abwartenden Politik wäre sicherlich, dass EU-interne Streitigkeiten über einen gemeinsamen, aber aktiven

Kurs abgeschwächt würden. Auch die Risiken, die eigenen Werte politisch zu kompromittieren, würden minimiert, etwa weil eine Kooperation mit den Streitkräften im Sahel verneint würde.

Die Kehrseite wäre allerdings, dass eine abwartende und zögerliche Politik jenseits punktueller Projekterfolge keinen Anspruch darauf erheben könnte, die krisenhaften Entwicklungen im Sahel und ihre regionalen Auswirkungen zu mildern. Zudem würde dieses Dispositiv auf der vagen Hoffnung beruhen, dass sich das politische Klima im Sahel im Sinne der EU irgendwann von selbst verbessert. Mindestens ebenso denkbar – wenn nicht sogar wahrscheinlicher – ist jedoch, dass politische Instabilität und Gewalt zunehmen und sich geographisch weiter ausbreiten. Dabei wäre ein völliger Zusammenbruch einzelner Sahel-Staaten, der in allen skizzierten Szenarien möglich bleibt, der Worst Case. Die Vorstellung, dass ein solcher Kollaps eine kathartische Wirkung haben und die Region in eine stabilere und friedlichere Zukunft führen würde, erscheint nicht plausibel. Zu erwarten wäre vielmehr ein fortgesetzter, verschärfter Bürgerkrieg mit immensen politischen, sicherheitspolitischen und humanitären Kosten. Zunehmende Flucht- und Migrationsbewegungen und eine fortschreitende regionale Desintegration mit negativen Auswirkungen auf Stabilität, Handel und Wohlstand in der Region Westafrika wären die Konsequenz.

Nicht zu handeln, hätte also potentiell erhebliche negative Folgen, auch für Europa. Demnach wäre die am wenigsten schlechte Option, das gegenwärtig begrenzte Engagement (humanitäre Hilfe, EZ, Sicherheitspolitik) fortzuführen und die europäische Sahel-Politik auf Sicht zu steuern. Dies darf keinesfalls politische Untätigkeit bedeuten. Wenn die EU den Anspruch hat, die Entwicklungen im Sahel – zumindest perspektivisch – mitzugestalten, dann muss sie auch politisch-diplomatische Aufgaben aktiv wahrnehmen. Sie sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, künftige Handlungsmöglichkeiten frühzeitig erkennen und ergreifen zu können, anstatt in einem passiven, rein reaktiven Modus zu verharren. Daraus ergibt sich eine Reihe von Aufgaben und Weichenstellungen, die als Grundvoraussetzung für eine zukünftige europäische Sahel-Politik erfüllt werden müssen.

⁹³ Tull, *Lernfähige deutsche Krisenpolitik?* [wie Fn. 1].

Empfehlungen

Um zu vermeiden, dass der Sahel aufgrund des derzeitigen Fehlens günstiger Handlungsoptionen von der außenpolitischen Agenda der EU verschwindet, sollten folgende Schritte verfolgt werden:

Verbesserte Informationsgewinnung

Um Sahel-Politik auf der Grundlage realistischer Einschätzungen zu entwerfen, bedarf es einer deutlich verbesserten Informationslage über die politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen vor Ort. Seit 2023 sind Mali und Niger für europäische Entscheidungsträger:innen in weiten Teilen eine Black Box. Um Informationsdefizite zumindest zu reduzieren, sollten die vakanten Stellen in den Auslandsvertretungen von EU und Mitgliedstaaten besetzt werden. Die Rekrutierung nationaler und lokaler Analyst:innen wäre eine weitere sinnvolle Maßnahme. Vorhandenes Personal sollte zudem Kontakte und Gesprächskanäle auf allen Ebenen verbreitern. Mangelhafte Lagebilder sind wahrscheinlich, wenn entweder überwiegend offizielle Kanäle genutzt oder nicht-staatliche Gesprächspartner:innen privilegiert werden, zu denen Europäer:innen politische Übereinstimmungen vermuten.⁹⁴ Ferner sei empfohlen, relevante Akteure wie beispielsweise Gewerkschaften und Unternehmensverbände, vor allem aber auch gesellschaftlich respektierte religiöse und traditionelle Autoritäten stärker in den Blick zu nehmen.

Die so erzielte umfassende Informationslage sollte in Foresight- oder Szenarien-Prozesse einfließen. Die in dieser Studie skizzierten Szenarien stellen lediglich vier denkbare Zukunftskorridore mit einer Vielzahl möglicher Abzweigungen dar. Andere Entwicklungen sind keinesfalls ausgeschlossen. Eine signifikant

verbesserte Informationsbasis ist Grundvoraussetzung für die Agilität und vorausschauende Anpassungsfähigkeit europäischer Politik.

Politischer Dialog

Unabdingbare Bedingung für strategisches und operatives Handeln der EU im Sahel sind beharrliche Versuche des politischen Dialogs mit politischen und gesellschaftlichen Akteuren in der Region. Diese Empfehlung ist nicht trivial: Offizielle Kontakte und diplomatischer Austausch zwischen den Sahel-Staaten und den meisten EU-Mitgliedstaaten sind seit rund zwei Jahren auf ein Minimum beschränkt. Vor allem aber befindet sich Europa in der relativ neuartigen Situation, dass die Nachfrage nach europäischer Unterstützung oder gar Partnerschaft im Sahel keineswegs garantiert ist. Geduldige Versuche, einen diplomatischen und gesellschaftlichen Dialog wieder aufzunehmen, sollten Akteuren in Mali und Niger signalisieren, dass Europa im Sahel weiterhin eine politisch konstruktive Rolle spielen will. Dialog auf verschiedenen Ebenen kann dabei helfen, gegenseitiges Misstrauen abzubauen und gemeinsame Problemdefinitionen zu entwickeln. Im besten Fall könnten darüber hinaus potentielle Schnittmengen bei Interessen und politischen Zielen ausgeleuchtet werden. Die Bemühungen des EU-Sondergesandten Cravinho waren dafür ein erster nützlicher Schritt und sollten ausgebaut werden. Dazu sollte im Übrigen auch der stete Austausch mit den Sahel-Anrainern, mit der ECOWAS, der AU sowie einflussreichen Akteuren in der Region zählen, etwa Marokko, Algerien oder der Türkei.

Es ist durchaus möglich, dass solche Dialogbemühungen aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zu den Regierungen in Mali und Niger derzeit nicht zu fruchtbaren Ergebnissen führen. In diesem Fall bliebe Europa keine andere Option, als sich auf die Stabilisierung der Nachbarstaaten des Sahel zu konzentrieren. Aber selbst wenn der Dialog Ansatzpunkte für ein vertieftes Engagement liefert, wird er voraussichtlich nicht in einen regionalen Sahel-Ansatz der EU

⁹⁴ Alex Thurston, »On Civil Society and ›Imams Crowding into the Public Square‹«, 11.9.2025, <<https://alexthurston.substack.com/p/on-civil-society-and-imams-crowding>>; Lena Gutheil/Lisa Tschörner, *Working with Civil Society in Authoritarian Contexts? The Case of Niger*, Berlin: Megatrends Afrika, Oktober 2024 (Policy Brief 28), doi: 10.18449/2024MTA-PB28v02.

münden können, sondern zu partieller Kooperation in bestimmten Sektoren und Bereichen, die zwischen Mali und Niger erheblich variieren können. Angesichts der Tatsache, dass abrupte politische Veränderungen in beiden Ländern wahrscheinlich bleiben, sind etablierte Gesprächskanäle zu einer Vielzahl staatlicher und nicht-staatlicher Akteure jedoch in jedem Fall sinnvoll, um neue Situationen zu antizipieren. Damit sind bewährte Gesprächskanäle auch essentiell dafür, dass die EU in Bezug auf die Sahel-Region künftig schnell handeln und reagieren kann.

Pragmatisches, selektives Engagement

Erzielt der Dialog positive Ergebnisse, wären Kooperationen in klar definierten Feldern denkbar. Sie sollten einerseits am Schutz menschlicher Sicherheit ausgerichtet werden und andererseits dazu beitragen, dass sich die Krise in der Region nicht noch weiter ausdehnt. In Anbetracht der beschriebenen sozioökonomischen Situation könnten dabei Maßnahmen aus den Bereichen Übergangshilfe, Grundversorgung und Energie auf Nachfrage stoßen. Auch sicherheitspolitische Zusammenarbeit sollte kein Tabu sein, solange sie der Prämisse folgt, die Zivilbevölkerung zu schützen. Die fortgesetzte Arbeit von EUCAP Sahel Mali zeigt, dass auf diesem Gebiet begrenzte Handlungsspielräume vorhanden sind. Vorstellbar wäre gegebenenfalls auch, Sicherheitskräfte bei der Gefahrenabwehr sowie bei nicht-offensiven Fähigkeiten zu unterstützen, etwa der medizinischen Versorgung, um ihre Widerstandsfähigkeit im Kampf gegen jihadistische Gruppen zu erhöhen. Welche Sicherheitskräfte dafür in Frage kommen, könnte anhand bestimmter Kriterien entschieden werden, zum Beispiel der Einhaltung des humanitären Völkerrechts.

Um die Auswirkungen der Sahel-Krise in ihrer regionalen und internationalen Dimension zu bearbeiten und aufzufangen, sollten europäische Stabilisierungsbemühungen die Unterstützung lokaler staatlicher und nicht-staatlicher Strukturen in Grenzgebieten einschließen.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AES	Allianz der Sahel-Staaten
AFP	Agence France-Presse
APA	African Press Agency
AU	Afrikanische Union
BCEAO	Westafrikanische Zentralbank
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEDEAO	s. ECOWAS
CFA	Communauté financière africaine
CNPC	China National Petroleum Corporation
CSP	Cadre stratégique permanent
ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten
EPF	Europäische Friedensfazilität
EU	Europäische Union
EUCAP	EU Capacity Building Mission
EUTM	European Union Training Mission
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAMa	malische Streitkräfte
FCFA	Franc CFA
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FLA	Front de Libération de l’Azawad
FPJ	Front patriotique pour la Justice
FPL	Front patriotique de Libération
FSSP	Fonds de Solidarité pour la Sauvegarde de la Patrie
IDP	Binnenvertriebene/r
IMF	Internationaler Währungsfonds
IS	Islamischer Staat
ISSP	Islamic State Sahel Province
JNIM	Jama’at Nusrat al-Islam wal-Muslimin
MINUSMA	Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RFI	Radio France Internationale
UEMOA	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion

Lektürehinweise

Lena Gutheil/Lisa Tschörner
Working with Civil Society in Authoritarian Contexts? The Case of Niger
Berlin: Megatrends Afrika, Oktober 2024 (Policy Brief 28)

Gerrit Kurtz u. a.
The Myth of the Gamechanger: Drones and Military Power in Africa
Berlin: Megatrends Afrika, März 2025 (Policy Brief 33)

Lisa Tschörner
Dialog mit Dschihadisten in Niger: Potentiale und Grenzen eines gescheiterten Versuchs
Berlin: Megatrends Afrika, September 2024 (Kurzanalyse 8)

Lisa Tschörner
Gekommen um zu bleiben: Nigers Militärjunta konsolidiert ihre Macht
Berlin: Megatrends Afrika, 26.7.2024 (Spotlight 36)

Lisa Tschörner/Denis M. Tull
No Void in the Sahel: Why the »Vacuum Narrative« Is Misleading
in: Christine Hackenesch u. a. (Hg.): *Leverage and Limits: What African Actors Make of the New Multipolarity*, Berlin: Megatrends Afrika, Oktober 2025 (Working Paper 21), S. 9 – 12

Denis M. Tull
Lernfähige deutsche Krisenpolitik? Lehren aus Mali (2013–2023)
Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2024 (SWP-Studie 21/2024)

